

Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juni bis Dezember 1924

16 Dokumente, 78 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom Jänner bis Juli 1925. Am V. Weltkongress (17.6.-8.7.1924) war eine spezielle österreichische Kommission eingesetzt worden, was allein schon ein deutlicher Hinweis auf die Tiefe der fraktionellen Auseinandersetzungen in der KPÖ war. Der Sommer und Herbst 1924 war weiter von innerparteilichen Turbulenzen geprägt. Im Herbst 1924 fanden zwei KPÖ-interne Tagungen statt, die Reichskonferenz mit Parteitagfunktion am 15./16.11.1924 und eine Reichskonferenz der *Gesundungsgruppe*, also der Frey-Strömung, im Dezember 1924.

Die große Mehrzahl der Dokumente beziehen sich auf den V: Weltkongress der III. Internationale und insbesondere auf die österreichische Kommission.

Auf der Reichskonferenz von November 1924 hatte die KPÖ - trotz Widerspruchs der Frey-Fraktion - die *Einheitsfront nur von unten* proklamiert und die Parole ausgegeben, die Umwandlung der Partei in eine Massenorganisation sei eine Aufgabe der nächsten Monate (!). Die Auseinandersetzungen dominierten das parteiinterne Leben der KPÖ auch nach dem V. Weltkongress im Sommer und Herbst 1924.

Manfred Scharinger, 15.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juni bis Dezember 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	KPÖ-Parteivorstand	Resolution des Parteivorstandes der K.P.Ö. zur Parteikrise [beschädigt]	3.6.1924	1
2	„Gustl“	Brief an Josef [Frey]	30.6.1924	4
3	Beilage zum Bulletin Nr.6 [des 5. KI-Kongresses] und Protokoll Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. Band II	Zusammensetzung der Kommissionen. 17. Österreichische Kommission ¹	[Juni/Juli 1924]	2
4	V. Weltkongress - Subkommission der Österreichischen Kommission	Vorschlag der Subkommission der Österreichischen Kommission	[Juni/Juli 1924]	3

¹ Die Zusammensetzung der Österreichischen Kommission unterscheidet sich laut Bulletin und Protokoll in einem entscheidenden Punkt voneinander - in der Person des Vorsitzenden; im ersten Dokument (Bulletin Nr.6) ist es Braun, nach dem Protokoll ist es Thälmann.

5	V. Weltkongress - Subkommission der Österreichischen Kommission	Vorschlag der Subkommission der Ös- terreichischen Kommission [leicht geänderte Fassung] [beschädigt]	[Juni/Juli 1924]	3
6	Oswald [Georgi Di- mitroff]	Die Lösung der Österreichischen Frage. Vom Vertreter der KI. bei der KPOe., Oswald [beschädigt]	[Juni/Juli 1924]	3
7	KPÖ-Parteimehrheit	Vorschläge zur Gesundung der K.P. Ös- terreichs. Der Österreichischen Kommiss- sion des V. Weltkongresses vorgelegt von der Parteimehrheit	[Juni/Juli 1924]	2
8	KPÖ-Parteimehrheit	Memorandum über die Lage der Kom- munistischen Partei Österreichs. Der österreichischen Kommission des V. Weltkongresses vorgelegt von der Partei- mehrheit [beschädigt]	[Juni/Juli 1924]	6
9	KPÖ-Parteimehrheit	Entwurf eines Aktionsprogramms für die Kommunistische Partei Österreichs (K.P.Oe.). Der österreichischen Kom- mission des V. Weltkongresses vorgelegt von der Parteimehrheit [beschädigt]	[Juni/Juli 1924]	16
10	KPÖ-Betriebszelle Warchalofsky	[Erklärung der Betriebszelle Warchalow- sky an die Österreichische Kommission beim 5. KI-Kongress]	[Juni/Juli 1924]	1
11	Vertrauensmänner der KPÖ-Lokalorga- nisation Grünbach am Schneeberg	[Erklärung der Vertrauensmänner der Lokalorganisation Grünbach am Schnee- berg der KPÖ mit Unterschriftenliste]	5.7.1924	2
12	KPÖ-	Erklärung des 12. Bezirkes zu den Ent- scheidungen [des V. Weltkongresses] [Fragment]	[ca. Juli / August 1924]	4
13	xxx	Entwurf eines Aktionsprogramms der K.P.Ö.	[1924]	15
14	xxx	Aktionsprogramm	[1924]	4
15	xxx	Die politische Lage in Österreich und die Aufgaben der K.P.Ö. [beschädigt]	[1924]	7
16	xxx	Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in Österreich und ihre Perspektive auf- grund der Reichskonferenz vom 16.11.1924 und der seitherigen Praxis der Partei bis 5.12.1924 [beschädigt]	[Dezember 1924]	5
				78

des Parteivorstandes der K.P. Oe. zur Parteikrise.

Der Parteivorstand hat während seiner kurzen Tätigkeit trotz Sabotage (durch demonstratives und andauerndes Fernbleiben) der Genossen Dolezal, Schroth, Schönfelder seine Arbeitsfähigkeit bewiesen, indem er eine Reihe von politischen und organisatorischen Massnahmen getroffen hat (Aktion gegen die Klassenjustiz, Einleitung der Kampagne gegen Teuerung, Zölle und Seipel-Regierung, Vorbereitung zu den Betriebsratswahlen, Inangriffnahme der Organisation der Betriebszellen, Propaganda unter den Landarbeitern u.a.m.)

Die im P.V. verbliebenen Mitglieder erblicken die Möglichkeit einer Liquidierung der Parteikrise unter folgenden Voraussetzungen:

- 1.) Aufrechterhaltung des Beschlusses des EKKI betreffs Zusammensetzung des Z.K., da jedes Schwanken eine Erschütterung in der Partei zur Folge hätte.
- 2.) Die Gen. Dolezal, Schroth, Schönfelder sind wegen ihres bisherigen Verhaltens und der andauernden Diskreditierung des P.V. zur Verantwortung zu ziehen.
- 3.) Keine Auswechselung des Kominternvertreters vor dem Parteitag, da fortwährende Wechsel der Kominternvertreter wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen hat.
- 4.) Es muss noch einmal betont werden, dass alle Beschwerden und Resolutionen, welche ohne Einhaltung des Instanzenweges an das EKKI gesendet werden, an das Z.K. der Partei zurückzusenden sind.

Bei Einhaltung dieser Voraussetzungen wird es dem P.V. mit Heranziehung aller aktiven Kommunisten möglich sein, die in dem Aktionsprogramm vorgesehenen nächsten Aktionen organisatorisch vorzubereiten und durchzuführen und auf diese Weise die verschiedenen Differenzen zwischen den Fraktionen auszugleichen, Es wird erst dann möglich sein, die verschiedenen menschwistischen und unkommunistischen Tendenzen innerhalb beider Fraktionen auszuscheiden und die Partei durch eine Neu-Registrierung, welche unter der Leitung einer internationalen Kommission im Zusammenhange mit der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen durchgeführt werden soll, die Partei von allen schädigenden Elementen zu reinigen.

Lieber Josef!

Habe Deine beiden Sendungen erhalten. Die Tamariten haben inneren Entwürf eine halbe Stunde später gehabt da Ihnen Tählman gegeben. Ich habe & denselben verteilt, er ist aber jedem zu lang. Du heute interessieren sich nicht viel für uns. Habe wiederholt mit Tiatnisky, Pelinw und Dimitrow gesprochen. Sie sagten Sie seien für die Einladung wollen er aber der Ober Kommission überlassen ob es zweckmäßig ist. Heute ist die erste Sitzung gewesen und ein Antrag den einzulassen würde gegen eine Stimme abgelehnt. Ich bin überzeugt es würde von Tiatnisky unterschrieben. Tamar darf auch nicht in der Kommission am Kongress sein er habe seine Fäden spinnen. Es würden von Menschel in Erwald über Ihre Tätigkeit in Wien berichtet (über Beschluss der Kommission) und mögen kaum Fiala und ich davon

Es hat sich herausgestellt und schlägt vor Tamar in Russland bei der Profintier von Larren und Dack auf ein Jahr von allen Funktionen innerhalb der Komintern zu erheben. (wird schlägt vor 1) Aktprogramm des P. F.)

2) Binner 3 Monaten muss Stellung der Partei auf Betriebsstellen, 3) Das auf dem Kongressen der von den Betriebsstellen gewählten Funktionen alle Parteifunktionen einzuweisen werden.

4) Abschließung dieser Arbeit ein Parteitag, welcher eine ordentliche Parteiführung

5) Die Personalstellen sollen erst nach dem Parteitag genehmigt werden

6) Tamar in Frey sollen erst nach der erfolgten Reorganisation und Festlegung der Partei und Arbeit im selben eingeklassen werden und zwar durch speziellen Beschluss des C. K. oder K. J.

7) Alle Parteinmitglieder welche sich gegen die Beschlüsse des 5. Kongress auflehnen werden ausgeschlossen!

8) Die ganze Arbeit soll unter der strikten Kontrolle einer dreier Kommission bestehend aus 1 Vert. der Komintern in je 1 Vert. der Deutschen in Technischer

Zentrale durchgeführt werden. Die Stimmung scheint nicht kampflos zu sein sondern erst einsetzen nach Unzufriedenheit. Ich bleibe natürlich auf meinen

Standpunkt bestehen, aber Hoffnungen dürfen wir keine haben.

Ich habe den Eindruck die Berechnungen des
Kommissars waren schon fertig bevor
die Kommission begann hat!

Orwald hat in seinem Bericht erklärt
das bei uns reformistische und bei der
Tomannpartei syndikalistische Tendenzen
verhandelt sind, das sich Tomann auf die
Arbeiter und Fry mehr auf die Intellektuellen
und Kleinbürger stützt. Dasselbe sagt auch
Nehret. Es wird mir nicht schwer
fallen diese Argumente zu widerlegen
aber die Leute haben ihre Informationen
und werden darauf nicht abgehen.
Natürlich man ist nicht böse über
Unterschriften von Wien bekommen
zu haben mich die Leute aus-
sagen von Wien überhaupt auch seinen
Brief bekommen, während die anderen
genau informiert werden Sie erwähnen
sogar das Denbler bei der S.P. Sekretär
ist, und Sobal bei der S.P. Die Frypartei
ist schon rekrutiert. Darum sag ich
jetzt ist es möglich für Euch einen
Parteitag zu machen natürlich mit
paritätischem Apparat.

Sie erzählen das natürlich, weil die
wären das man das momentanen
nicht wiederlegen kann. Aber
Sie können es auch nicht beweisen.
Sie haben erzählt, das das in Nebenfragen
geragt hat. In viel vorher eingeleitet
aber Sie erklärt sich von der
Aster Partei "desintessiert" das hat Ihnen
Nebenfragen in Berlin erzählt, der Stramer
soll den Namen ich weiß nicht mehr
genau. In nicht mit solchen
Mitteln ausreichen Sie nicht im
Bigen.

Hier wir werden zu bald sehen
wie die Geschichte hier ausgeht. Der
Kongress soll am Ende sein
und alle Fragen ^{Länderkommissionen} fallen um einen
anschließenden Exekutiv Sitzung
abgeht werden. Ich werde natürlich
hingehen. Ich glaube ich von hier am 11-12
wegfahren zu können ich komme natürlich
zu dir.

Es gibt dich bestens
Juste

Zusammensetzung der Kommissionen.

17. Oesterreichische Kommission.

Vorsitzender: Braun. Sekretär: Peluso.

1. Russland: Piatnizki, Miljutin.
Kandidaten: Guralski, Reinstein.
2. Deutschland: Igri.
3. Frankreich: Chasseigne.
4. Italien: Rossi.
5. Tschechoslow: Wuensch, Sponner.
6. England: Rust.
7. Bulgarien: Dimitrow.
8. Polen: Dunajewski. Stellvertreter: Stanislawski.
9. Ukraine: Lewizki.
10. Schweiz: Bringolf.

P R O T O K O L L

FÜNFTER KONGRESS DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

BAND II

VERLAG CARL HOYM NACHF.

16. Japanische Kommission

Vorsitzender: Mac Manus.

Sekretär: Petrow.

1. Union der SSR.: Petrow, Schmidt, Sorin; Stellvertreter: Kohn, Smidowitsch.
2. Deutschland: Stein, Sommer.
3. Frankreich: Tommasi, Pichon.
4. Italien: Bini.
5. Tschechoslowakei: Kreibich.
6. England: Douglas.
7. Polen: Dunajewski; Stellvertreter: Brand.
8. Vereinigte Staaten: } Johnson.
9. Kanada: }
10. Australien: Montefiore.
11. Java: Semaoen.
12. Indien: Roy.
13. Argentinien: } Cothino.
14. Mexiko: }
15. Brasilien: }
16. Jugendinternationale: Bamatter, Williamson.
17. Japan: } Katayama.
18. China: }

17. Österreichische Kommission

Vorsitzender: Thälmann.

Sekretär: Peluso.

1. Union der SSR.: Piatnitzki, Miljutin; Kandidaten: Guralski, Rein-stein.
2. Deutschland: Igri.
3. Frankreich: Chassaigne.
4. Italien: Rossi.
5. Tschechoslowakei: Wuensch, Sponer.
6. England: Rust.
7. Bulgarien: Dimitrow.
8. Polen: Dunajewski; Stellvertreter: Stanislawski.
9. Ukraine: Lewitzki.
10. Schweiz: Bringolf.

18. Skandinavische Kommission

Vorsitzender: Treint.

Sekretär: Schüller.

1. Union der SSR.: Bucharin, Kuusinen, Losowski; Stellvertreter: Karajew.
2. Deutschland: Thälmann, Mittwoch; Stellvertreter: Bruno.
3. Frankreich: Ramet, Dunois.
4. Tschechoslowakei: Failmayer, Sliwka.
5. Italien: Ercoli.
6. England: Wilson.
7. Vereinigte Staaten: Carlson.
8. Finnland: Manner; Stellvertreter: Sirola.
9. Estland: Wakmann.
10. Jugendinternationale: Unger, Hirschel.

ZUSAMMENSETZUNG DES 5. WELT- KONGRESSES DER KOMINTERN

Sektionen	Beschl. St.	Ber. St.	Total
1. Deutschland	41	16	57
2. Frankreich	23	13	36
3. England	10	—	10
4. Tschechoslowakei	20	3	23
5. Italien	17	12	29
6. Amerika	10	1	11
7. Bulgarien	3	1	4
8. Polen	12	4	16
9. Schweden	7	—	7
10. Norwegen	9	—	9
11. Jugoslawien	5	1	6
12. Rumänien	4	2	6
13. Finnland	6	2	8
14. Litauen	2	2	4
15. Lettland	2	—	2
16. Estland	2	1	3
17. Kanada	2	—	2
18. Österreich	3	3	6
19. Spanien	3	1	4
20. Holland	2	1	3
21. Schweiz	3	—	3
22. Dänemark	2	—	2
23. Griechenland	2	1	3
24. Indien	2	—	2
25. Portugal	1	—	1
26. Belgien	1	—	1
27. Argentinien	1	—	1
28. Mexiko	1	—	1
29. Brasilien	1	—	1
30. China	3	1	4
31. Java	2	—	2
32. Türkei	2	1	3
33. Persien	2	—	2
34. Ägypten	1	—	1
35. Australien	—	1	1
36. Ungarn	—	2	2
37. Mongolei	—	2	2
38. Irland	—	1	1
39. Island	—	1	1
40. Verschiedene indiv. Mandate	—	7	7
41. USSR	117	2	119

V e r s e h l a g

der Subkommission der Oesterreichischen Kommission.

Die von V. Weltkongress der Komintern eingesetzte Kommission erstattet zur Lösung der oesterreichischen Frage folgenden Bericht:

- 1.) Die in der K.P.Oe. bestehenden zwei Fraktionen haben sich nicht auf Grund der in Laufe der Arbeit herauskristallisierten prinzipiellen oder taktischen Meinungsverschiedenheiten gebildet. Die Partei ist tatsächlich in zwei Fraktionen, die einander bekämpfen, ehrgeizigen, egoistischen und kleinlichen Führern gespalten.
- 2.) Der Boden fuer diesen ideologischen und personlichen Fraktionskampf besteht ausser in der Schwache der Partei auch in ihrer verschiedenartigen Zusammensetzung.
- 3.) Im Laufe der letzten drei Jahre, die durch diesen inneren Kampf beherrscht waren, haben sich die K.P.Oe. von den Arbeitersmassen entfernt. Sie hat sogar einen Teil der Arbeiterelemente, die sie fruher gewonnen hatte, wieder verloren und ist theoretisch und was ihren politischen Einfluss betrifft, ausserordentlich stark zurueckgeblieben. Manche Mitglieder derjenigen Gruppen, die aus der sozialdemokratischen Partei, von den Poale-Zionisten und von der tschechischen Gruppe zur K.P.Oe. gekommen sind, verneinen jede kommunistische Disziplin, sie vertreten nichtkommunistische Anschauungen und individualistisch-anarchistische Ansichten. Solche von den kommunistischen Grundsätzen abweichende Tendenzen waren schon in der Partei vorhanden, sie wurden von diesen Gruppen verstaerkt.
- 4.) Die Parteimitglieder, die der schaedlichen Fraktionskaempfe muede geworden sind, begegnen jedem Versuch einer wirklichen positiven kommunistischen Arbeit mit Freude und sind bereit, solche Versuche zu unterstuetzen. Die Aktion gegen den skandaloesen Freispruch des Mordfers, der den Arbeiter Still niedergeschossen hat, sowie auch die Aktion gegen die neuen Zolftarife, die von dem neuen Z.K.

Die Kommission beschliesst weiter;

- 6.) Die Genossen Tomann und Frey als die Hauptschuldigen an den Fraktionsstreitigkeiten in der österreichischen Partei
- a) Frey für 2 Jahre, Tomann für 1 Jahr jeder Funktion in der Internationale zu entheben.
 - b) Frey sowohl wie Tomann für diese Zeit nach Moskau zu berufen.
 - c) Dem Genossen Albert als nicht ganz Unbeteiligten seiner Funktion in Wien zu entheben.
 - d) die von den österreichischen Delegierten gestellten Anträge technischer und finanzieller Art der Erweiterten Exekutive zu überweisen.
 - e) Die zum politischen und gewerkschaftlichen Fragen gestellten Anträge müssen von der Kontroll-Kommission bei Ausarbeitung des Aktionsprogramms berücksichtigt werden.
-

Die vom V. Weltkongress der Komintern eingesetzte Kommission erstattet zur Lösung der österreichischen Frage folgenden Bericht:

- 1.) Die in der K.P.Oe. bestehenden zwei Fraktionen haben sich nicht auf Grund der im Laufe der Arbeit herauskristalisierten prinzipiellen oder taktischen Meinungsverschiedenheiten gebildet. (Die Worte: "Über taktischen Meinungsverschiedenheiten" - wurden wahrscheinlich nach der ^{Schluss-}Redaktion fortgelassen). Die Partei ist tatsächlich in zwei Fraktionen, sich einander bekämpfenden, eingeizigen, engherzigen und kleinlichen Führern gespalten.
- 2.) Der Boden für diesen ideenlosen und persönlichen Fraktionskampf besteht ausser der Schwäche der Partei auch in ihrer verschiedenartigen Zusammensetzung. (Dieser Abschnitt wurde wahrscheinlich nach der ^{Schluss-}Redaktion fortgelassen !!)
- 3.) Im Laufe der letzten drei Jahre, die durch diese inneren Kämpfe beherrscht waren, hat sich die K.P.Oe. von den Arbeitermassen entfernt. Sie hat sogar einen Teil der Arbeiterelemente, die sie früher gewonnen hatte, wieder verloren und ist theoretisch und was ihren politischen Einfluss betrifft, ausserordentlich stark zurückgeblieben. Manche Mitglieder derjenigen Gruppen, die aus der sozialdemokratischen Partei, von den Pacla-Zionisten und von der tschechischen Gruppe zur K.P. Oe. gekommen sind, verneinen jede kommunistische Disziplin, sie vertreten nicht-kommunistische Anschauungen und individualistische-anarchistische Ansichten. (Das Wort Pacla-Zionisten - ist wahrscheinlich bei der Schlussredaktion entfallen!) Solche, von den kommunistischen Grundsätzen abweichende Tendenzen waren schon in der Partei vorhanden, sie wurden von diesen Gruppen verstärkt.
- 4.) Die Parteimitglieder, die der schädlichen Fraktionskämpfe müde geworden sind, begegnen dem Versuch einer wirklichen positiven kommunistischen Arbeit mit Freude und sind bereit, solche Versuche zu unterstützen. Die Aktion gegen den skandalösen Freispruch des Mörders, der den Arbeiter still niedergeschlagen hat,

die Aktion gegen die neuen Zolltarife, die von dem neuen Z.K. organisiert wurde und einen verhältnismässig grossen Erfolg hatte, beweisen die Richtigkeit dieser Behauptung.

5.) Die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der K.P.Oe. erfolgt am sichersten durch die konsequente Fortsetzung der vom EKKI angeregten, vom Z.K. der K.P.Oe. bereits begonnenen positiven kommunistischen Arbeiten. Die Parteiführung soll weder von der einen noch der anderen Fraktion abhängig gemacht werden, die Parteiführung soll sich nur auf alle diejenigen Elemente, die zur positiven Arbeit bereit sind, stützen.

Auf Grund dieser Erwägungen beschliesst der Kongress:

- 1.) Der V. Kongress verurteilt neuerdings auf das Schärfste die Fraktionsgruppierungen und Fraktionskämpfe in Oesterreich.
- 2.) Die Partei wird verpflichtet, die Durchführung der Beschlüsse der K.I., betreffend die Reorganisation der Partei auf Grundlage der Betriebszellen unverzüglich zu veranlassen. Der Termin zur Beendigung dieser Arbeit wird vom Z.K. gemeinsam mit dem EKKI festgesetzt.
- 3.) Nach der Umstellung der Partei auf Betriebszellen muss der Parteitag einberufen und die Neuwahl aller führenden Instanzen vorgenommen werden. Das Z.K. ist verpflichtet, den Entwurf eines Aktionsprogramms rechtzeitig auszuarbeiten, der vom Parteitag beschlossen werden soll. Vor allem wird es nötig sein, die politische Aktivität der Partei zu steigern und insbesondere auf dem Gebiet der kommunistischen Bildungsarbeit erfolgreicher zu wirken.
- 4.) Zur Kontrolle bezüglich der Umstellung der Partei auf Betriebszelle sowie bezüglich der von der Komintern in der oesterreichischen Frage festgelegten Richtlinien wird eine Kommission beauftragt, die sich aus einem Vertreter des EKKI und je einen Vertreter der deutschen und tschechoslowakischen Partei zusammensetzt.
- 5.) Das Z.K. wird ausdrücklich aufgefordert, rücksichtloser als bisher darauf zu sehen, dass diejenigen Parteimitglieder, die sich gegen die Beschlüsse des V. Weltkongresses auflehnen oder ~~den Beschlüssen~~

~~244~~
~~244~~
aufheben oder deren Durchführung sabotieren, unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen werden. Bis zum nächsten Parteitag bleibt das vom EZKI bestätigte Z.K. in Funktion. Der Kongress verurteilt ausdrücklich das Verhalten derjenigen Z.K.-Mitglieder, die die Arbeiten dieser Körperschaft sabotieren.

Die Kommission beschliesst weiter:

- 6.) Die Genossen Tomann und Frey als die Hauptschuldigen an den Fraktionsstreitigkeiten in der österreichischen Partei
- a) Frey für zwei Jahre, Tomann für ein Jahr (später abgeändert auf zwei Jahre) jeder Funktion in der Internationale zu entheben.
 - b) Frey sowohl wie Tomann für diese Zeit nach Moskau zu berufen. (abgeändert auf: für diese Zeit Moskau zur Verfügung zu stellen)
- (Diese beiden Punkte a und b wurden später zusammengezogen zu Punkt a mit folgendem Wortlaut: Beschlossen wurde, beide auf zwei Jahre der Exekutive zur Verfügung zu stellen.)
- c) Den Genossen Albert als nicht ganz Unbeteiligten seiner Funktion in Wien zu entheben. (Dieser Punkt wurde wahrscheinlich nach der Schlussredaktion fallen gelassen).
 - d) Die von den österreichischen Delegierten gestellten Anträge technischer und finanzieller Art der erweiterten Exekutive (Präsidium) zu überweisen.
 - e) Die zu politischen und gewerkschaftlichen Fragen gestellten Anträge müssen von der Kontroll-Kommission bei Ausarbeitung des Aktionsprogramms berücksichtigt werden.

(Einige stilistische Änderungen wurden später noch vorgenommen.)

(Vom Vertreter des K. I. bei der KPOe., Oswald)

- 1.) Die in der KPOe. bestehenden zwei Fraktionen haben sich nicht auf Grund der im Laufe der Arbeit herauskristallisierten prinzipiellen oder taktischen Meinungsverschiedenheiten gebildet. Die Partei ist wirklich in zwei Fraktionen der gegen einander kämpfenden, ehrgeizigen, engherzigen und kleinlichen Führer gespalten.
- 2.) Der Boden für diesen ideenlosen und persönlichen Fraktionskampf besteht ausser der Schwäche der Partei auch in der verschiedenartigen Zusammensetzung derselben. Noch bei der Gründung der Partei sind nicht wenige lumpenproletarische und abenteuerliche Elemente in sie hineingekommen. Später ist noch aus der sozialdemokratischen Partei eine linke Gruppe zu ihr gekommen, von welcher ein Teil auch die die reformistischen Anschauungen und die Aktionsmethoden in der KPOe. behalten hat. Dann hat sich auch die Gruppe der Paolazionisten der Partei angeschlossen, die vorwiegend aus kleinbürgerlichen intellektuellen Schichten besteht, die der Bewegung des Industrieproletariats vollständig fernstehen. Ebenfalls ist auch eine tschechische Gruppe mit stark entwickelten nationalistischen und separatistischen Tendenzen der Partei zugeströmt.

Auf diese Weise stellte und stellt noch immer die Zusammensetzung der KPOE. ein wirkliches Konglomerat dar. Dabei wurde durch den Mangel an einem wirklich proletarischen, kommunistischen Kern in der Partei die volle Möglichkeit für diese ideenlosen und persönlichen Fraktionskämpfe gegeben, wie sie in keiner anderen Sektion der Komintern zu sehen sind.

- 3.) Im Laufe von drei Jahren, die durch diese inneren Kämpfe beherrscht waren, hat sich die KPOe. von den Arbeitermassen entfernt. Sie hat sogar einen Teil der Arbeiterelemente, die sie gewonnen hatte, wieder verloren und ist theoretisch sowie politisch ausserordentlich stark zurückgeblieben. Die aus der Sozialdemokratischen Partei, von den Paola Zionisten und der tschechischen Gruppe in die Partei gekommenen, jede kommunistische Disziplin verneinenden, nicht-kommunistischen Anschauungen und individualisti-

- 4.) Klar ausgedrückte Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Fraktionen haben sich bis jetzt noch nicht gezeigt. Es muss aber festgestellt werden, dass, während bei der Frey-Fraktion reformistische Tendenzen zum Ausdruck kommen, bei der Tomann-Fraktion wiederum syndikalistische Tendenzen zu bemerken sind. Was den Einfluss beider Fraktionen in der Partei betrifft, so hat die Tomann-Fraktion grösseren Einfluss auf die Arbeiter in den Betrieben, während sich der Einfluss der Frey-Fraktion auf die intellektuellen und kleinbürgerlichen Elemente erstreckt.
- 5.) Die Parteimasse, satt der schädlichen Fraktionskämpfe, begegnet jedem Versuch einer wirklich positiven kommunistischen Arbeit mit Freude und ist bereit, ihn zu unterstützen. Die Aktion gegen den skandalösen Freispruch über den Mörder des Arbeiters Still, sowie auch die Aktion gegen die neuen Zolltarife, die von dem neuen ZK. organisiert wurden und einen verhältnismässig bedeutenden Erfolg hatten, sind der beste Beweis dafür.
- 6.) Die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der KPOe. kann am sichersten durch die Fortsetzung der vom ZK. begonnenen positiven kommunistischen Arbeit erreicht werden. In dieser Arbeit soll die Führung nicht der Partei nicht einer oder der anderen Fraktion, oder beiden zusammen, (bei der paritätischen Vertretung) übergeben werden, sondern sich auf die antifraktionistischen Parteimassen stützen, indem alle nüchternen und dieser Arbeit fähigen Elemente aus beiden Fraktionen ausgenutzt werden.
- 7.) Zu diesem Zweck erscheint es notwendig:
- a) dass der V. Kongress der KI die bisherigen ideenlosen und zersetzenden Fraktionskämpfe scharf verurteilt und jede Fraktionsbildung in der Partei verbietet,
 - b) dass der V. Weltkongress der Partei ihre politischen und organisatorischen Aufgaben bestimmt (als Grundlage kann das vom ZK. der KPOe. ausgearbeitete konkrete Aktionsprogramm dienen).
 - c) dass die Partei verpflichtet wird, sich im Laufe von drei Monaten sich auf der Grundlage der Betriebszellen reorganisiert.
 - d) dass auf den Konferenzen der von den Betriebszellen gewählten

gewählten Funktionäre alle Parteinstanzen neu gewählt werden.

e) dass nach der Erledigung dieser Arbeit ein Parteitag einberufen wird, welcher eine ordentliche Parteiführung wählt und ein konkretes Aktionsprogramm der Partei ausarbeitet.

f) Die Strassenzellen sollen erst nach dem Par teitag ^{gebildet} ~~gewählt~~ werden.

g) Die Hauptschuldigen an der jetzigen unmöglichen Lage der Partei, Tomann und Frey, sollen erst nach der erfolgten Reorganisierung und Genesung der Partei zur Arbeit in derselben zugelassen werden und zwar durch einen speziellen Beschluss des ZK. der KI.

h) Alle Parteimitglieder, die sich gegen die Beschlüsse des V. Weltkongresses auflehnen, oder die Durchführung derselben sabotieren sollen unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen werden.

8.) Diese ganze Arbeit zur Genesung der Partei soll unter der direkten Kontrolle einer Dreierkommission, bestehend aus einem Vertreter der Komintern, und je einem Vertreter des ZK. der KPD. und des ZK. der KPTsch. durchgeführt werden.

Vorschläge zur Gesundung der K.P. Oesterreichs.

der Österreichischen Kommission des V. Weltkongresses
vorgalegt von der Parteimehrheit.

Zur Gesundung der Partei ist notwendig;

A., die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms (ein Entwurf liegt bei)

B. die Behebung der Ursachen, welche den Niedergang der Partei herbeiführt haben. Dazu ist notwendig:

1.) Schaffung einer, vom Vertrauen der Mehrheit der Partei getragenen, aus den tüchtigsten Kräften der Partei bestehenden Führung. Eine solche Mehrheit kann zweckmässigerweise nur durch den Parteitag geschaffen werden, weil nur dieser allen Mitgliedern sichtbar zeigt, dass die Führung tatsächlich das Vertrauen der Mehrheit hat. Daher:

2.) Einberufung des Parteitages.

3.) Schaffung von Garantien, die jeden Schwindel jeden Statutenbruch bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages ausschliesst. Als Mindestmass sind folgende Garantien notwendig:

a) Vorbereitung des Parteitages durch den vom letzten Parteitag gewählten Parteivorstand.

b) Der gegenwärtige Parteiapparat besteht ausschliesslich aus Genossen der Minderheit. Die Mehrheit ist aus dem Parteiapparat vollkommen ausgeschaltet. Eine korrekte Vorbereitung des Parteitages durch diesen Parteiapparat ist vollkommen ausgeschlossen. Vorgeschlagen wird, dass bis zur Wahl des neuen Parteivorstandes durch den Parteitag in jedem Sekretariat der Partei unbezahlt ein Genosse der Mehrheit mitarbeitet, so dass bis zur Wahl des neuen Parteivorstandes durch den Parteitag jedes Sekretariat durch 2 Genossen kollektiv zu führen wäre. Mindestens müsste das durchgeführt werden im politischen Reichssekretariat, im Reichssekretariat für die Organisation, im Gewerkschaftssekretariat, Bildungssekretariat, Abteilung Kasse, Wiener Sekretariat, Sekretariat von Niederösterreich, von Steiermark, von Oberösterreich.

c) Strenge Kontrolle durch einen objektiven Kominternvertreter, darüber dass der Parteitag nicht nur politisch und gewerkschaftlich gut vorbereitet, sondern auch organisatorisch korrekt vorbereitet und durchge-

4.) Um die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Partei wieder auf das moralische Vertrauen des österreichischen Proletariats voll erringen kann, wird vorgeschlagen:

Einsetzung einer Kommission aus drei, allen Beteiligten fernstehenden Genossen, welche an Ort und Stelle und Wien die Dinge prüfen und entscheiden

.....

Der oesterreichischen Kommission des V. Weltkongresses vorgelegt
von

der Parteimehrheit.

A. Der Niedergang der Partei.

Seit dem 6. Parteitag — also im Laufe von rund 1 1/2 Jahren — ist die Partei wie folgt zurückgegangen: Die Mitgliederzahl ist von 10000 auf 4000, der Absatz der Roten Fahne von 10000 auf 4000, der Absatz des Roten Gewerkschafters von 9000 auf 3000 zurückgegangen. Die revolutionären Gewerkschaftsblocks führen ein kümmerliches Dasein, sie umfassen 1100 Organisierte. Die 25000 Sympathisierende, über die die Partei in Wien allein verfügte, (Genfer Aktion), sind restlos verschwunden, die Partei ist in einem Grad isoliert, wie noch nie.

B. Welches sind die Ursachen dieses Niederganges?

Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Oesterreichs, die geschickte Taktik der oesterreichischen Sozialdemokratie hermen den Aufstieg der Partei, aber sie erklären nicht ihren Niedergang. Die im Gefolge der Ruhrbesetzung eingetretene Konjunkturbesserung in Oesterreich die den Reformisten manche Erfolge ermöglichte, und neue Illusionen in der Arbeiterschaft hervorrief, hat gewiss auch den Vormarsch der Partei erschwert. Aber auch diese Konjunkturbesserung erklärt nicht den Niedergang der Partei. Denn erstens begann die Besserung der Konjunktur erst Mitte 1923, während der Niedergang der Partei schon einige Monate vorher eingesetzt hatte. Zweitens aber würde die Konjunkturbesserung im besten Falle eventuell verständlich machen können, dass ein gewisser Teil der Sympathisierenden sich abgewendet hat. Aber die Partei hat alle Sympathisierenden verloren, mehr noch, die Partei hat weit über die Hälfte ihres Mitgliederbestandes verloren.

I. Die Hauptursache des Niederganges der Partei liegt also nicht in objektiven Faktoren sondern im subjektiven Faktor, eben in der KPÖ selbst und zwar in dem vollkommenen Versagen der politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Führung:

... ... Versicherung, Eintraten für die Verteilung der Kosten auf Staat, Unternehmer und Arbeiter! Bei den Gemeindevahlen wurden die Mitglieder mittels Randschreibens aufgefordert: "wo durch unsere Kandidatur die bisherige sozialdemokratische Mehrheit gefährdet wäre, von der Aufstellung eigener Kandidaten abzusehen und sozialdemokratisch zu stimmen" !!!

Das hat tatsächlich dazu geführt, dass zum Beispiel in Leoben die Kommunisten, obwohl sie zwei kommunistische Mandate hätten erringen können, von der Aufstellung kommunistischer Kandidaten absehen und tatsächlich sozialdemokratisch wählten. - Opportunistische, knieweiche Stellungnahme zum Seipelattentat; die blosser Ablehnung des individuellen Terrors, ohne gleichzeitig positiv abzusprechen, dass die K.P. für Massenaktionen, Massenterror, Massenaufstand ist - in dem Handeln des Attentäters nur die verzerrte Form und die falsche Einstellung zu sehen, ohne durch alle Verzerrungen hindurch und durch die falsche Einstellung hindurch den Tatwillen, den Willen, dem Proletariat durch die Tat zu helfen, also den in seiner Wurzel doch revolutionären Willen anzuerkennen und hervorzuholen; das ist objektiv konterrevolutionär! Die Partei muss in den Proletariern den Tatwillen wecken, muss dem unklaren Tatwillen den richtigen Weg weisen, aber sie darf den Reformisten nicht helfen, den Tatwillen in den Proletariern zu ertöten.

2.) Es sind linke Abweichungen vorgekommen: Zum Beispiel die Gründung von ~~Branchen~~ Branchenzellen; Schaffung von zwei nebeneinander bestehenden und voneinander unabhängigen Exekutiven in jeder Betriebszelle, die eine für politische, die andere für gewerkschaftliche Dinge; im Parteimasstabe nur bedingte Anerkennung des Grundsatzes, dass die Gewerkschaftsarbeit und die dafür parteimässig bestehenden Spitzenorgane der Parteizentrale untergeordnet sind. Insbesondere diese bei einem Teil der Genossen tatsächlich vorhandene syndikalistische Einstellung und Praxis in der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft haben Verwirrung und Schaden gestiftet.

3.) Diese und andere rechte und linke Abweichungen haben viel geschadet. Aber mehr geschadet hat es, dass die Partei seit dem 6. Parteitag in ihrer tatsächlichen Praxis weder eine linke, noch eine rechte noch eine mittlere, sondern - gar keine Linie hatte.

zeit UNBESCHWERLICHE, FAIR- UND HORSCHWENKEN, TERTIÄRE RICHTUNGS-
lichkeit, politisch und gewerkschaftlich, das ist das Charakteristikum
der Führung der Partei seit dem 6. Parteitag.

4.) Allein die entscheidendste Hauptursache des Niederganges
der Partei ist die objektive Passivität derselben. Subjektiv fehlt es
den Genossen im grossen und ganzen nicht an dem Drang und Willen zu handeln,
obwohl auch das vielfach vorgekommen ist, politisch und gewerkschaftlich,
dass die Partei überhaupt nicht recht Stellung genommen oder eingegriffen,
also verschlafen hat. Jedoch zweierlei tritt immer wieder zu Tage:

a. Die Führung wusste nicht, w a n n sie vorzugehen
hatte. Zum Beispiel Warenumsatzsteuer, internationaler Gewerkschafts-
kongress der Amsterdamer, Verbandstag der Metallarbeiter und überhaupt
fast bei allen Lohnverhandlungen und Lohnkämpfen, insbesondere der Metall-
arbeiter. Die Partei hinter politisch und gewerkschaftlich den Ereignissen
nach, verpasst den richtigen Moment, kommt zu spät und wird nachher,
selbst wenn sie handelt, nicht mehr ernst genommen.

b. Die Führung wusste nicht, politisch und gewerkschaft-
lich, sie sie in jedem einzelnen Fall am zweckmässigsten konkret vorzu-
gehen hatte. Nicht eine einzige politische oder gewerkschaftliche Kampagne
verstand sie zu organisieren. Sie bot die ganze Zeit über politisch,
gewerkschaftlich, organisatorisch das Bild einer kindlichen Milfflosig-
keit: Insbesondere die grenzenlose Unfähigkeit des Gewerkschaftssekre-
tariats trennte selbst den Klaffen in die Augen. Da die Gewerkschaftsblöcke
und ihre Exekutiven an dem Gewerkschaftssekretariat, was die Führung,
die Ausarbeitung der jeweiligen Einstellung und Taktik betrifft, nicht
die geringste Stütze haben, können sie sich nicht vorwärts entwickeln.

So kommt es, dass die Partei auch dann, wenn sie sich quanti-
tativ zur Aktivität aufschwingt, qualitativ gesehen, meist nur Löcher
in die Luft schlägt.

5.) Es war unvermeidlich, dass dem gegenüber innerhalb der
Partei eine Opposition entstehen m a s s e. Sie entstand und ver-
zachte durch Kritik und Vorschläge den Nebelständen abzuhelfen. Ihre
Kritik, ihre Vorschläge wurden von vornherein ohne sie zu prüfen, ohne
sich damit auseinander zu setzen, in den Wind geschlagen. So schon am
Wiener Landesparteitag 1923. Statt dessen betrat die Führung vom ersten

hauptsächlich den Weg behäufte organisatorischer Mittel, Ausschaltungen, Massregelungen, Ausschlüsse, Auflösungen von Konferenzen und Organisationen. Dieser Kurs wurde je weiter desto mehr verschärft. Aber diese organisatorischen Methoden konnten und können nicht helfen, weil und so lange die Führung politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch, versagte und versagt.

Schliesslich wurde es klar, dass sich die Führung überhaupt nur noch halt durch mechanische Methoden. Seit Mitte 1923 hat die Führung die Mehrheit der Partei nicht hinter sich, trotzdem sie vor keinem Schwindel zurückschreckte um diese Mehrheit zu fabrizieren. Sie hatte nicht die Mehrheit in der Wiener Vertrauensmänner-Konferenz, Mitte 1923 - sie löste diese Konferenz auf; sie hatte nicht die Mehrheit auf dem Parteitag März 1924 -- sie löste den Parteitag auf; sie hatte nicht die Mehrheit in der Wiener Vertrauensmännerkonferenz Mitte bzw. Ende Mai 1924 -- sie löste die Wiener Vertrauensmännerkonferenz auf. Seit 1 1/2 Jahren ist der Wiener Landesparteitag fällig - die Führung beruft ihn nicht ein, weil sie weiss, dass sie die Mehrheit gegen sich hat, und dass dies auf dem Wiener Landesparteitag unzweideutig zu Tage treten würde.

Die Methoden, zu denen die Führung griff, um sich ohne Mehrheit dennoch zu behaupten, waren überaus parteischädigend, schliesslich lief der bewusste Zweck dieser Taktik darauf hinaus, die Mehrheit der Partei zu zwingen, ihre Kraft auf die Abwehr der organisatorischen Methoden zu verwenden und so ihrer politischen und gewerkschaftlichen Kritik ledig zu werden. Das ist leider bis zu einem gewissen Grade gelungen. Aber gerade dadurch hat die Führung den guten Geist in der Partei erstickt, und so die Partei in ihrem Innersten spröde geschwächt.

So hat die Führung die nachteiligen Folgen ihres politischen und gewerkschaftlichen Versagens durch ihre organisatorischen Methoden noch verschärft. Die mechanischen, organisatorischen Methoden der Führung, die nur die organisatorische Kehrseite ihres politischen und gewerkschaftlichen Versagens bilden, sind eine weitere Ursache des Niederganges der Partei.

0.) Das Resultat der Tätigkeit der Führung seit dem 6. Parteitag wurde oben in Ziffern dargestellt : Bis auf rund 4000 Getreue hat die Partei in den österreichischen Massen jedes politische und gewerkschaftliche Vertrauen verloren . Aber indem die Partei , nachdem sie 1921/22 einen ernstlichen Anlauf unternommen hatte , sich von einem gewissen Odium der Unreinheit , das auf ihr lastete , zu befreien , diesen Kurs wieder verliess , hat sie bei den österreichischen Massen auch das moralische Vertrauen vollkommen verloren .

In welchem Geruche die Partei steht , zeigt krass folgender Fall . In der zweiten Hälfte 1923 wurde im Parteibüro ein Einbruch verübt und über Hundert Millionen Kronen gestohlen . In der gesamten Arbeiterschaft und beim Grossteil der Kommunisten war die Ueberzeugung , dass dabei irgend Jemand aus der Parteispitze oder aus deren allernächster Nähe die Hand im Spiele habe . Dass eine solche Meinung überhaupt nur auftauchen und so breite Geltung gewinnen konnte , spricht Bände . Der Verlust auch des moralischen Vertrauens bei den österreichischen Massen trug in hohem Grade bei zum Niedergang der Partei .

C. Die Internationalen Vertreter , welche die Partei seit dem 6. Parteitag kontrollierten hat diesen Niedergang nicht aufhalten können . Ein Vertreter (Hourath) hat offen zugestanden , dass er in der österreichischen Frage vom ersten Augenblick an parteilich gehandelt hat . Das brachte ihn natürlich um das Vertrauen und so konnte seine Mission nicht anders enden als mit einem Misserfolg . Die anderen Vertreter traten mit wirklicher Objektivität an ihre Aufgabe heran , aber sie hatten nicht die Energie p r a k t i s c h durchzusetzen , dass die Beschlüsse und Weisungen der Komintern und die Weisungen des Komintern-Vertreters selbst tatsächlich von b e i d e n T e i l e n , also auch von der Führung der Partei eingehalten werden , und darum hatten auch sie keinen Erfolg . Noch genauer ausgedrückt : Sie konnten und können beim besten Willen keinen Erfolg haben , solange der Parteiapparat so bleibt wie er ist .

Der Parteiapparat besteht ausschliesslich aus Genossen der Minderheit , die Mehrheit ist aus dem Parteiapparat restlos ausgeschaltet . Dieser Widerspruch ist unhaltbar .

Dazu kommt ein zweites und das ist das Entscheidende : Die Mehrheit der Partei hat zu den Fähigkeiten und Entwicklungsanlagen des Partei-

apparat das Vertrauen verloren. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, hat der gegenwärtige Parteiapparat seine Unfähigkeit und Entwicklungsunfähigkeit in mehrjähriger Praxis unwiderleglich bewiesen.

Solange dieser Zustand dauert müssen sich alle Massnahmen des internationalen Vertreters zwangsläufig gegen seinen Willen auswirken. Die Erfahrung der 1 1/2 Jahre hat dies immer wieder aufs neue krass bewiesen.

So traurig die Lage der Partei ist, sie ist nicht hoffnungslos. Gesundung und Aufstieg sind möglich. Dazu gehört ein Aktionsprogramm und die Beseitigung der oben angegebenen Ursachen, die den Niedergang der Partei herbeigeführt haben.

Oesterreichs (K.P.Oe)

Der oesterreichischen Kommission des v. Weltkongresses vorgelegt
von

der Parteimehrheit.

A. Allgemeiner Teil.

1.) Welchen Gang immer die Weltwirtschaftskrise annimmt - Oesterreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muss den Grossteil seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Auslande beziehen und hat den Grossteil seiner Absatzmärkte verloren. Ein bedeutender Teil der oesterreichischen Industrie ist enturzelt.

Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert. Die Einfuhr ist bedeutend grösser als die Ausfuhr, das Passivum der Handelsbilanz besteht weiter, ist sogar auf 800 Millionen Goldkränen im Jahre 1923 gestiegen. (1922 betrug es 650 Millionen) Nur ein kleiner Teil dieses Passivums wird durch Aktivposten der Zahlungsbilanz gedeckt. Zwar wurde mit Hilfe des Genfer Kredits die Krone stabilisiert und das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt, aber das Passivum der Zahlungsbilanz, die grundlegende Ursache der Krise, besteht weiter.

Diese Tatsache wurde verdeckt in der Hauptsache durch eine in Gefolge der Ruhrbesetzung eingetretene Besserung der Konjunktur in Oesterreich. Die Aufträge, die der Ruhrindustrie durch die Besetzung entzogen wurden, kamen zum Teil der oesterreichischen Industrie zugute. Diese Konjunktur hat nur vorübergehenden Charakter, sie ist bereits im Abflauen und bald wird die Krise wieder mit voller Schärfe in Erscheinung treten. Nicht nur wirtschaftlich. Auch das Gleichgewicht im Staatshaushalt und die Stabilität der Valuta werden wieder ins Wanken kommen mit allen sozialen Folgen, die sich daran knüpfen; Verschärfung der Unternehmeroffensive, Massen-Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Teuerung, Steuerdruck, Verschärfung der Klassengegensätze. Hat die Besserung der Konjunktur es den Reformisten ermöglicht, das Proletariat ein wenig zu befriedigen und

und mit Illusionen zu becharge, so werden mit der Konjunktur die Illusionen der Proletarier schwinden und der Klassenkampf verschärft entflammen....

II. Die Sanierung Oesterreichs auf kapitalistischer Basis ist u n m ö g l i c h . Das heisst, unmöglich ist eine solche Sanierung, die zu bewirken imstande wäre, dass der gesamte vorhandene Wirtschaftsapparat profitabel verwendet werden könnte. Ein bedeutender Teil des Wirtschaftsapparates, vor allem des Industriapparates, ist endgültig entwurzelt. Und zwar nicht nur im oesterreichischen Rahmen, sondern auch im Rahmen eines beliebigen grösseren kapitalistischen Staatsgebildes. Denn selbst die Nachfolgestaaten, ja auch die Balkan- und Levantestaaten, entwickeln ihre eigene Industrie, ihr eigenes Finanzkapital

Gewiss, unter Aufopferung des "überflüssigen" Teiles des Wirtschaftsapparates ist die kapitalistische Sanierung Oesterreichs theoretisch durchaus denkbar und möglich. Praktisch aber wäre diese Lösung nur möglich bei vollkommener Passivität des oesterreichischen Proletariats, wäre nur möglich, wenn das oesterreichische Proletariat bereit wäre, widerstandslos hunderttausende oesterreichische Proletarier vernichten zu lassen- Das ist trotz aller reformistischen Verseuchung beim Klassenbewusstsein des oesterreichischen Proletariats unmöglich, und dadurch ist die kapitalistische Sanierung durch Aufopferung des "überflüssigen" Teiles des Wirtschaftsapparates praktisch unmöglich.

Die Sanierung Oesterreichs ist nur noch möglich auf kommunistischer Basis, d.h. auf der Basis der proletarischen Diktatur. Das oesterreichische Proletariat wird je nach der internationalen Lage, je nachdem wie weit die revolutionäre Bewegung, insbesondere in den benachbarten Staaten, vorgeschritten ist, seine revolutionäre Diktatur aufrichten, sie im Anschluss an die kommenden Räterepubliken in Mitteleuropa und im Bündnis mit Sowjet-Russland behaupten und Oesterreich so P r o l e t a r i s c h sanieren.

Augenblicklich ist die revolutionäre Bewegung am meisten vorgeschritten in Deutschland. Für den Fall, dass sich die revolutionäre Bewegung in Deutschland zu entscheidenden Kämpfen zuspitzen sollte, muss sich die Partei darauf einstellen, im geeigneten Moment hervorzutreten mit der Losung

Anschluss an das revolutionäre Deutschland!

Föderation mit den Donau-Balkan-Räte-Republiken!

Bündnis mit Sowjet-Russland! :

Sollte jedoch mit einer Verschiebung des Schwerpunktes der revolutionären Entwicklung nach Westen die revolutionäre Bewegung in Deutschland abflauen, dann kann unter Umständen für die K.P.G. aktuell werden die Losung:

Föderation der Donau-Balkan-Republiken!

Für alle Fälle erscheint es zweckmässig, dass unter Leitung der Komintern in absehbarer Zeit eine Konferenz der kommunistischen Partei Mittel - und Südost-Europas (Italien und die Schweiz inbegriffen) abgehalten wird, die diese aussenpolitische Frage prüft und klärt.

III. Das österreichische Proletariat ist in seiner grossen Masse reformistisch versucht. Erst ein kleines Häuflein, vereinigt in der K.P.G., scharrt sich in Oesterreich um das Banner der kommunistischen Internationale. Aber gross ist die Zahl der ehrlich revolutionär fühlenden Arbeiter im Lager der österreichischen Sozialdemokratie.

Die Partei wird die Fühlung mit den proletarischen Massen wieder herstellen, wird alle revolutionär fühlenden Proletarier um sich sammeln und die Mehrheit des österreichischen Proletariats gewinnen, indem sie anknüpft an die tagtäglichen Sorgen des Proletariats; indem sie an allen tagtäglichen Kämpfen des Proletariats aktiv teilnimmt, ihnen stets den richtigen Weg weisend. Sie wird die Proletarier zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen, zur Erämpfung besserer Lebensbedingungen mobilisieren, indem sie in bolschewistische Weise die Taktik der Einheitsfront anwendet und zur organisatorischen Stützung der erstehenden Einheitsfront des Kampfes die bestehenden, wenn erst auch embryonalen revolutionären Einheitsfront-Organen in Oesterreich, die Gewerkschaftsblocks, ausbaut und neue revolutionäre Einheitsfront-Organen schafft, wie Kontrollausschüsse der Betriebsräte und dergleichen.

Sie wird den wirtschaftlichen und politischen Kampf stets mit-

einander verbinden, immer wieder bei jeder Frage auf die politische Machtfrage hinweisen und die durch die tagtäglichen Kämpfe wachgerufene proletarischen Energien in der nächsten Zeit sammeln unter den Losungen

Reichsbetriebsrätekongress! Reichsbetriebsräte-Organisation!
Produktionskontrolle durch Kontrollausschüsse der Betriebsräte!
Bewaffnung des Proletariats!

Weg mit der kapitalistischen Diktatur! Weg mit der Bebel-
Regierung! Schluss mit jeder Koalitionspolitik!

Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung!

Dabei wird die Partei immer wieder klar zum Ausdruck bringen, dass dieses nur eine andere Bezeichnung ist für proletarische Diktatur, eine Bezeichnung, die klar aufzeigen will, dass sich die proletarische Diktatur auf das Proletariat, auf seine bewaffneten und unbewaffneten Klassenorgane, stützt,^{aber} herrscht, regiert, verwaltet, im Interesse aller Ausgebeuteten, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Stadt- und Dorfproletarier, aber auch der Kleingewerbetreibenden und auch derjenige bäuerlichen Schichten, die nicht ausbeuten, sondern ihrerseits vom Kapital ausgebeutet werden. Die Partei wird immer wieder unzweideutig aufzeigen, dass eine solche Regierung niemals durch parlamentarischen Kuhhandel, sondern einzig und allein durch die revolutionäre Massenaktion aufgerichtet werden kann.

Auf eine knappe Formel gebracht, wird also die Partei in der nächsten Zeit folgenden Weg gehen:

Unter bolschewistischer Anwendung der Einheitsfront-Taktik, fortschreitender Verlegung der Arbeiter in die Betriebe und unangesehnter Verbindung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe -- Mobilisierung der Massen für die Tagesfragen, darüber hinaus für Machtfragen, letzten Endes für die nächste Zeit in Oesterreich zusammengefasst unter der Zentral-Lösung der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung.

B. Besonderer Teil.

Im einzelnen wird die K.P.Oe. in der nächsten Zeit auf ^{den verschiede} ~~einzelnen~~ Gebieten für folgende Lösungen kämpfen:

I. Aussenpolitik

Schluss mit der Auslandskontrolle!

Weg mit dem Genfer-Vertrag!

Für den Anschluss an die kommenden Räterepubliken

in Mitteleuropa!

Verdichtung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjet-Russland! Unterstützung Sowjet-Russlands in jeder Art, insbesondere im Kriegsfall durch Kampf! Für das Bündnis mit Sowjet-Russland! -

Gegen die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale! Für die Rote G. J.!

Gegen die reformistische Internationale! Für die Kommunist. International Selbstbestimmungsrecht und nationale Freiheit jedem Volke! Schutz den nationalen Minderheiten!

Vorgeschlagen wird, die Komintern möge

- a) unter ihrer Leitung in absehbarer Zeit eine Konferenz der kommunistischen Parteien Mittel- und Süd-Ost-Europas (Italien und die Schweiz inbegriffen) abhalten, die die Frage der aussenpolitischen Orientierung für Oesterreich prüft, klärt und konkretisiert.
- b) eine engere Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien Deutschlands und der Donau-Balkan-Länder in die Wege leiten.

II. Innenpolitik.

- 1.) Teuerung! Herunter mit den Preisen! Preiskontrolle durch Kontrollausschüsse der Betriebsräte!
- 2.) Steuern, Zölle! Weg mit der Warenumsatzsteuer! Weg mit der Lohn- und Einkommensteuer! Gegen die Zölle! Keine Steuer im kapitalistischen Staat! Alle Lasten auf die Schultern der Bourgeoisie! Beschlagnahme der Kirchenschätze ohne Entschädigung!
- 3.) Lohn! Friedensreallohn! Friedensrealgehälter! Friedensreallohn! Friedensrealgehalt als gesetzlicher Minimallohn! Gegen den Schwindelindex! Festsetzung des Index durch die Arbeiterkammer!
- 4.) Achtstundentag! Klarer Achtstundentag!
- 5.) Arbeitslosen! Brot und Arbeit den Arbeitslosen!

Produktive Investitionen von Staat, Land, Gemeinde! Produktive

Arbeitslosenfürsorge unter zwangsweiser Heranziehung der Kapitalisten!

Gegen Betriebsperrung und Betriebsdrosselung, Kontrolle durch Kontroll-
nausschüsse der Betriebsräte! Zwangweise Einstellung der Arbeitslosen
in die Betriebe!

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf die Höhe des Durch-
schnittslohnes, ihre Ausdehnung auf alle Arbeitslosen und für die ganze
Dauer der Arbeitslosigkeit!

Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den Arbeitslosen! Einheits-
front der Arbeitslosen mit den Betriebsarbeitern!

6.) Wohnungsfrage: Gegen jede Verschlechterung des bestehenden Mieter-
schutzes!

Befreiung der proletarischen und halbproletarischen Mieter von der
Wohnbausteuer! Steigerung der Progression für die kapitalistischen
Mieter! Zwangsanleihe von den Kapitalisten zum beschleunigten Bau von
Wohnungen!

Erhöhter Schutz für die proletarischen und halbproletarischen Unter-
mieter!

Zuteilung der überflüssigen Wohnräume an die proletarischen und hal-
proletarischen Wohnungsbedürftigen!

Abschaffung der Mieterkommissionen! Ersetzung durch Mieterräte für
alle Wohn- und Mieterangelegenheiten!

Hinein in die Mieterorganisationen! Mobilisierung der Mieteror-
ganisationen zum Kampf für obige Losungen!

7.) Arbeiterschutz: Gegen die Verlängerung des Achtsturentages!
Klarer Achtsturentag! Gegen die Überstundenarbeit! Für die 44-stündige
Arbeitswoche!

Bezahlter Urlaub allen Proletariern! Verlängerung des bezahlten Urlaubs
für die älteren Arbeiter!

Für die Frauen insbesondere: Für alle Frauen Verbot der Nacht-
arbeit und der Verwendung bei gesundheitsgefährlichen Arbeiten!

Acht Wochen vor und 8 acht Wochen nach der Niederkunft Befreiung der
Schwangeren von der Arbeit und Fortzahlung des vollen Lohnes! Unentgelt-
liche Geburtshilfe! Mutter- und Säuglingsheime! Stillstuben und
Kinderkrippen in den Betrieben! Weg mit dem Abtreibungsparagrafen!

Für die jugendlichen Proletarier insbesondere: vierwöchiger Urlaub

den Lehrlingen! Höhere Entlohnung der Lehrlinge! Obligatorische Fachausbildung, Fachschulunterricht während der Arbeitszeit! Abschaffung des Lehrlingwesens durch Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten!

8.) Sozialversicherung: Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, aber auch Kleingewerbetreibende und Kleinbauern! Unfallversicherung auch bei Unfällen ausserhalb des Betriebes! Krankenunterstützung während der ganzen Krankheit! Arbeitslosenversicherung, die jedem arbeitslosen den Durchschnittslohn sichert für die ganze Dauer der Arbeitslosenzeit!

Obligatorische Alters- und Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, aber auch Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern! Bezug der Altersrente mit dem 50. Lebensjahr!

Aufbringung der Kosten in allen Fällen vom Unternehmer und Staat.

9.) Gewerkschaften: Revolutionierung der Gewerkschaften! Schluss mit dem System der Arbeitsgemeinschaft in allen seinen Formen! Schluss mit den industriellen Bezirkskommissionen, Einigungsämtern, Schiedsgerichten, paritätischen Lohnkommissionen! Ersetzung aller arbeitsgemeinschaftlichen Organe durch, vom Reichsbetriebsrätekongress gewählte Kommissionen! Umbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden!

Wiederaufnahme der wegen ihrer revolutionären Betätigung ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder!

Aufnahme aller, der R.G.I. angeschlossenen Organisationen in die internationalen Berufsverbände!

Amsterdamer
Gegen die ~~ANARCHISTISCHEN~~ Gewerkschaftsinternationale! Für die Rote Gewerkschaftsinternationale!

10.) Die Genossenschaften: Revolutionierung der Genossenschaften! Auch die Genossenschaften müssen Klassenkampforgane sein! Unterstützung des streikenden Proletariats durch die Genossenschaften! Engste Beziehungen zu den Sowjet-Genossenschaften! Nichtdividendenverteilung! Verwendung des Gesamtgewinnes zur Stärkung der Genossenschaften!

11.) Agrarfrage: Ausdehnung des gesamten Arbeiterschutzes auf alle Land- und Forstarbeiter! ^{Ausdehnung aller Arten der Sozialversicherung auf} die Land- und Forstarbeiter, der Kranken-

Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung -
rung, der Witwen- und Waisenversorgung auch auf die Kleingewerbetreibende
und Kleinbauern!

Schutz den Kleinpächtern!

Kostenlose Gespansleihe der Grossgrundbesitzer und Grossbauern an
die Kleinpächter und Kleinbauern!

E n t s c h ä d i g u n g s l o s e E x p r o p r i a t i o n
aller Grundstücke über 100 ha, aller Kirchengüter!

K o s t e n l o s e V e r t e i l u n g des expropriierten Grundes
an die Landproletarier und landarmen Bauern!

Umwandlung von, für den Grossbetrieb b e s o n d e r s geeigneten
Acker-, Wiesen- und Waldgrund in staatliche Landwirtschaftsmusteranstalt
und Verwaltung derselben durch ihre, zu Genossenschaften zusammenzu-
schliessenden Land- und Forstarbeiter.

12.) Staatsbeamte: Abbau nur der reaktionären Staatsbeamte! Frieden!
realgehälter. Einheitsfront mit den Arbeitern und Angestellten!

13.) Faschisten: Zerschlagung der Faschisten! Verhinderung der
faschistischen Versammlungen und Kundgebungen durch Mobilisierung der
Arbeiter in den Betrieben und der Ordner!

14.) Bewaffnung des Proletariats: Bewaffnung des Proletariats!
Ausbau der Ordnerwehr! Alle waffenfähigen Proletarier hinein in die
Ordnerwehr! Aktive, energische Führung der Ordnerwehr!

15.) Wehrmacht: Gegen die Reaktion in der Wehrmacht! Gegen den
Abbau der Wehrmacht! Auffüllung auf vollen Stand! Die Werbungen unter
Kontrolle der Vertrauensmänner der Soldaten!

Die alten Rechte den Vertrauensmännern der Soldaten! Kontrolle der
Offiziere durch die Soldaten!

Reinigung der Wehrmacht von allen reaktionären Offizieren und Unte-
roffizieren! Ersetzung durch, dem Proletariat zuverlässige Männer, insbe-
sondere durch die fähigsten der Soldaten und Unteroffiziere!

Volle staatsbürgerliche Rechte den Wehrmännern!

Weg mit dem Militärstrafgesetz und dem Disziplingesetz!

Disziplinarkommissionen, die von den Soldaten gewählt sind! Den abgebauten
Wehrmännern Unterstützung in die Höhe des durchschnittlichen Arbeitslohnes.

16.) Polizei und Gendarmerie: Reinigung der Polizei und Gendarmerie von allen reaktionären Offizieren! Ersetzung durch, dem Proletariat zuverlässige Männer! Einreihung einer genügenden Zahl von klassenbewussten Arbeitern in die Polizei und Gendarmerie!

17.) Gerichte: Gegen die Klassenjustiz! Reinigung der Justiz von allen reaktionären Richtern und Staatsanwälten! Ersetzung durch, dem Proletariat zuverlässige Männer!

18.) Verwaltungsapparat in Staat, Land und Gemeinde: Reinigung des Verwaltungsapparates in Staat, Land, Gemeinde von allen reaktionären Elementen! Ersetzung durch, dem Proletariat zuverlässige Männer!

19.) Parlament, Landtag, Gemeindevertretung: Weg mit den parlamentarischen Illusionen! Weg mit der Illusion, dass die Befreiung des Proletariats durch Eroberung der parlamentarischen Mehrheit möglich ist! Weg mit der Illusion, dass die Herrschaft des Proletariats durch eine demokratische Diktatur zu verwirklichen ist! Weg mit der Illusion einer "revolutionären" Demokratie!

Gegen die Koalitionspolitik - für den Klassenkampf!

Gegen den parlamentarischen Kretinismus - für die Massenaktion!

Parlament, Landtag, Gemeindevertretung ausnützen als revolutionäre Tribüne zur Erschütterung des kapitalistischen Staates!

20.) Die Gemeindepolitik insbesondere: Keine Steuern auf die Schultern des Proletariats! Alle Steuern auf die Schultern der Kapitalisten! Staffelung der Strom- und Gaspreise nach dem Einkommen!

Kommunalisierung der Broterzeugung und des Brotvertriebes!

Kommunalisierung der Kinos!

Klarer Achtstundentag in allen Gemeindebetrieben!

Unterstützung des Proletariats im Kampf, Unterstützung insbesondere im Streik mit Geld und Naturalien!

Unterstützung der Arbeitslosen mit Naturalien und Geld!

Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch Investitionen insbesondere mit Wohnungsbau für die proletarischen und halbproletarischen Wohnungsbedürftigen auf Kosten der Kapitalisten!

III. Taktik gegenüber der Sozialdemokratie!

1.) Täglich ganz konkret aufzeigen, wie sie/^{die}proletarischen Klasseninteressen ~~täglich preisgeben~~ wirtschaftlich und politisch preisgeben, das und wie sie zurückweichen: im Betrieb, vor dem Unternehmer, im Parlament, Landtag, Gemeinde.- Vor den Klopffechtern der Bourgeoisie; auf der Strasse; vor den Faschisten; dass ihr "Kampf" nichts ist, als Scheinkampf, dass ihr Zurückweichen nicht Taktik ist, sondern ihr einziges Prinzip.

Täglich ganz konkret aufzeigen, den Widerspruch zwischen der grossen Zahl ihrer Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder und ihren Leistungen. In Bezug auf ihre positiven Leistungen aufzeigen, dass sie die Bourgeoisie schonen, die Lasten dem Proletariat aufhalsen, und dass sie mit den paar Brocken das Proletariat nur einlullen wollen, um es vom Kampf für seine Befreiung vom kapitalistischen Joch abzuhalten!

Täglich ganz konkret aufzeigen den Widerspruch zwischen ihrem Papierprogramm und ihrem tatsächlichen Handeln, zwischen ihrem Maul und ihrer Faust.

Täglich ganz konkret die Illusionen zerpfücken, mit denen sie die Masse einschläfern, gegenwärtig insbesondere die Illusionen, welche die Sozialdemokratie mittels der englischen Arbeiterregierung und der Wendung in Frankreich in den Massen planmässig hervorrufft.

Bei jeder Gelegenheit das nationalistische Verhalten der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien anprangern und andererseits die Hohlheit ihrer pazifistischen Phrasen aufzeigen.

(Hierbei muss aber die K.P. immer auch positiv das kommunistische Ziel, den kommunistischen Weg klar entgegenstellen.)

2.) Um diese Widersprüche und Verrätereien sinnfällig vor die Augen der Massen zu bringen und so auf's äusserste ausnützen zu können, wird die K.P. die Massen mobilisieren, vorwärtsdrängen zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen, zum Kampf um bessere Lebensbedingungen, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf verbindend, sie darüber hinaus in der nächsten Zeit mittels der schon angeführten Zentrallosungen zum Machtkampf sammelnd. Und zwar mittels der bolschewistischen Anwendung der Einheitsfronttaktik, wobei sie die schon aufsteigende einheitliche

proletarische Kampffront unermüdlich organisatorisch stützen und fördern wird durch den Ausbau der, wenn auch erst im Ansatz, so doch schon bestehenden revolutionären Einheitsfront-Organen in Oesterreich der revolutionären Gewerkschaftsblocks, und durch Schaffung neuer revolutionärer Einheitsfrontorgane, wie der Kontrollausschüsse der Betriebsräte und dergl.

3.) Ausnutzung auftretender Differenzen innerhalb der S.P., Wiederaufnahme der Zellenarbeit in der S.P.

C. Innerparteilicher Teil.

Von der Wiederholung der Vorschläge zur Gesundung der Partei wird hier abgesehen. Diese Vorschläge bilden aber einen integrierenden Bestandteil des innerparteilichen Aktionsprogrammes, denn erst die Verwirklichung jener Vorschläge schafft die Voraussetzung, die Aktionskraft der Partei zu steigern.

Darüber hinaus muss die Partei zur Festigung ihres Gefüges, und damit sie ihren Aufgaben besser gewachsen ist, in der nächsten Zeit folgende organisatorische Massnahmen in Angriff nehmen und durchführen:

1.) Betriebszellen:

Beschleunigte Umstellung der Parteiorganisation auf die Grundlage der Betriebszellen, unter Ausschluss eines jeden fraktionellen Missbrauchs. Am zweckmässigsten wäre es, die Mitglieder auf die Umstellung geistig vorzubereiten - - ist bisher nur sehr unvollkommen geschehen - - gleichzeitig die Parteiarbeit hauptsächlich auf die Betriebe zu verlegen, zugleich die Umstellung organisatorisch vorzubereiten und dann nach dem Parteitag planmässig in raschem Tempo durchzuführen. Eine raschere Umstellung würde das Gefüge der ohnehin innerlich so schwachen Partei gefährden.

Wenn aber die Kommission dennoch für die sofortige und raschest durchgeführte Durchführung der Umstellung ist, dann ist dazu unumgänglich notwendig, dass diese Durchführung geschieht:

- a) unter Leitung des vom Parteitag gewählten Parteivorstandes und
- b) durch einen Parteiapparat, dessen vollkommen *fraktionelle Zusammen-*

Zusammensetzung und Einstellung dadurch abgeschwächt wird, dass in jedem Sekretariat der Partei ein unbezahlter Genosse der Parteimehrheit mitarbeitet und zwar so, dass bis zur Wahl eines neuen Parteivorstandes jedes Sekretariat durch zwei Genossen, einen von der Mehrheit und einen von der Minderheit, kollektiv geführt wird.

Ohne diese beiden Garantien würde die sofortige Umstellung nicht zur Stärkung der Partei, sondern mit absoluter Bestimmtheit zu einem vollständigen Chaos führen.

Selbstverständlich darf es in jeder Betriebszelle nur eine Betriebszellenexekutive geben, der die Gesamtarbeit im Betriebe, auch die gewerkschaftliche, untergeordnet ist.

Und eben so selbstverständlich ist es, dass die Branchen-² Zellen² auf Betriebszellen umorganisiert werden müssen, zum Beispiel bei den Bauarbeitern. Die Bauarbeiter müssen betriebsweise nach der Unternehmung bzw. nach dem Bau zusammengefasst werden. Daneben bleibt ihre Zusammenfassung nach gewerkschaftlicher Zahlstelle, gewerkschaftlicher Ortsgruppe usw. (also die territoriale Zusammenfassung der Branche Bauarbeiter) selbstverständlich bestehen, aber nicht als Zelle, sondern als gewerkschaftliche Fraktion, als gewerkschaftlicher Block bzw. als territoriales Unterglied derselben.

Jedes Mitglied muss einer Betriebszelle angehören und an ihrer Arbeit aktiv teilnehmen.

2.) In gewerkschaftlicher Hinsicht: Die Blocks müssen aufhören, Instrumente einer Fraktion innerhalb der Partei zu sein. Sie dürfen und müssen nichts anderes sein, als ein Hebel, den die Partei mittels der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen im kommunistischen Sinne beeinflusst und lenkt. Die Gewerkschaftsblocks müssen revolutionäre Gewerkschaftsarbeit, die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen müssen Parteiarbeit leisten und nicht Arbeit für eine Parteifraktion.

Erstraffung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen. Klare unbedingte Unterstellung ihrer Arbeit unter die Partei, nur so ist es möglich, die Gewerkschaftsblocks im kommunistischen Sinne zu lenken, zu beeinflussen, zu festigen und auszubauen.

Erstraffung der kommunistischen Betriebsratsfraktionen. Erstraffung der kommunistischen Fraktionen auf Obmännerkonferenzen, Verbandstagen, ~~von denen~~

~~der kommunistischen Fraktionen auf Gewerkschaftssekretariate, Verhandlungen,~~
in der Arbeiterkammer usw. und selbstverständlich auch in den Kommissionen
in den Lohnkämpfen.

Dabei muss sich jedoch die Partei vor Augen halten, dass die Er-
straffung der Gewerkschaftsblocks und aller Arten von gewerkschaftlichen
Fraktionen mit bloß organisatorischen Mitteln nicht zu erzielen ist.
Dazu bedarf es neben einer richtigen Einstellung und richtigen Taktik
die konkreteste Vorbereitung eines jeden Schrittes, die konkreteste
Beratung und Einarbeitung der Genossen, die die Gewerkschaftsblocks und
Gewerkschaftsfraktionen führen. Diese Arbeiten muss vor allem das kommunistische
Gewerkschaftssekretariat leisten. Es muss also seine bisherige
Arbeit vor allem qualitativ bessern. Das erfordert gründliche Arbeit,
Spezialisierung, zweckmässige Arbeitsteilung.

Da jedoch die Partei bei ihrer auch zahlenmässigen Schwäche sich
nur einen kleinen Apparat halten kann, muss sie bis zu dem Zeitpunkt,
da ihr Wachsen ihr einen stärkeren Apparat ermöglicht, von der extensiven
Arbeitsmethode, die sie bisher übte, übergehen zu einer intensiven Ar-
beitsmethode, d.h. sie muss den Hauptteil ihrer Kräfte, den Hauptteil
der Arbeitskraft ihres Apparates konzentrieren auf die wichtigsten Ge-
biete. Die ausschlaggebenden Schichten im oesterreichischen Proletariat
sind die Metallarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner. Hier vor allem gilt
es, Einfluss zu gewinnen. Darauf muss der Hauptteil der Kraft konzen-
triert werden. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit.
Jedes Parteimitglied muss seinem Block, seiner gewerkschaftlichen Frak-
tion angehören und sein Blockorgan abonnieren und verbreiten.

3.) In genossenschaftlicher Hinsicht: Bildung von Genossenschafts-
fraktionen.

4.) Mieter-Organisationen: Bildung von Mieterfraktionen bzw. deren
Erstraffung.

5.) In militärischer Beziehung:

a) Förderung der Arbeit der kommunistischen Soldaten-Gruppe, durch die
Partei. Enge Zusammenarbeit der kommunistischen Soldatengruppe mit dem
kommunistischen Jugendverband.

b) Schaffung und Erstraffung der kommunistischen Fraktionen in den Ordnern
Ordnern, die derzeit illegal aufzutreten haben, damit die

Kommunisten aus der Ordnerwehr auszunützen, nicht verwirklichen kann.
Jedes diensttaugliche Mitglied hinein in die Ordnerwehr.

c) Zusammenfassung der kommunistischen Ordner, zur Partei-Ordnerwehr der sich auch alle anderen, zum Ordnerdienst irgendwie fähigen Parteimitglieder anzugliedern haben.

Die Fraktionen in der Ordnerwehr und die Partei-Ordnerwehr unterstehen der Partei.

d) militärische Erziehung der Mitglieder: Alle waffenfähigen Mitglieder sind militärisch auszubilden und zu schulen. Minimalprogramm: Handhabung der Repetier-Pistolen, Konservierung derselben und ihrer Munition. Dasselbe womöglich bezüglich Gewehr und Bajonett. Taktik des Strassenkampfes, die Erfahrungen des Bürgerkrieges in Russland, Deutschland usw. Die militärische Erziehung organisiert und leitet die Partei-Ordnerwehr. (Die kommunistischen Frauen sind zu mindest in der Handhabung der Repetier-Pistole zu schulen und mit ihren Aufgaben im Strassenkampf vertraut zu machen.)

5.) Berichterstattung, geheimer Nachrichtendienst:

a) Regelmässige Berichterstattung über alle wichtigen Vorkommnisse von der Betriebszellen und Strassenzelle hinauf bis zur Parteizentrale.

b) Darüber hinaus muss die Partei trachten, durch Organisation eines geheimen Nachrichtendienstes, Verbindungen im Lager der Gegner zu bekommen, um ihre Kräfte, Streitmittel, Pläne und Arbeitsmethoden zu erkunden.

c) Ueberhaupt muss die Partei ernstlich illegale Vorkehrungen treffen.

Der konspirativen Arbeit muss grosses Augenmerk und hohe Sorgfalt zugewendet werden. Ueber ein Minimum an Deckadressen, illegalen Quartieren usw. muss jede grössere Organisation verfügen. Für wichtige Nachrichten sind Chiffren einzuführen. Die Partei muss sich ein illegales Büro und eine illegale Druckerei sicherstellen.

Aber die Partei muss sich hüten, diese Dinge zum Gegenstand einer wichtigtuenden Spielerei zu machen und die illegale Arbeit muss vollkommen der Parteizentrale unterstellt sein.

6.) Gemeinpolitik: Mehr als bisher die Erfahrungen der kommuni-

stischen Gemeindevertreter zentralisieren und austauschen. In absehbarer Zeit die kommunistischen Gemeindevertreter zu einer gut vorbereiteten Konferenz zusammenrufen.

7.) Bildungsarbeit: Die ganze Bildungsarbeit muss zur Grundlage und zum Ziel haben, das kommunistische Wollen und Handeln zu stärken. In den Vordergrund der Bildungsarbeit ist daher die Rolle der kommunistischen Partei zu stellen. Die ganze Bildungsarbeit muss immer an die aktuellen Ereignisse anknüpfen.

8.) Agitation: Die blosse Quantität macht es nicht, das zeigt die ganze Erfahrung der Partei. Die Partei muss mehr auf die Qualität der Agitation schauen. Gute, gründliche Vorbereitung der Referenten, aber auch gründliche Vorbereitung und gründliche Auswertung jeder einzelnen Versammlung.

Die Partei muss sich endlich ein politisches und gewerkschaftliches Archiv schaffen.

9.) Presse:

a) Redaktionell: Den Betriebszellenberichten, den Zuschriften der Proletarier breiten Rahmen gewähren. Die gewerkschaftlichen Vorkommnisse und die Wiener Gemeindepolitik müssen in höherem Ausmasse als bisher behandelt werden.

b) Administrativ: Für die Presse müssen planmässige Kampagnen organisiert werden, aber nicht isoliert! Sondern immer im Zusammenhang mit einer politischen oder gewerkschaftlichen Kampagne der Partei.

c) Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, die "Rote Fahne" zu abonnieren und zu verbreiten.

10.) Pflicht zur tagtäglichen Parteiarbeit: Der kommunistische Grundsatz, dass jedes Parteimitglied verpflichtet ist, aktiv an der täglichen Parteiarbeit teilzunehmen, muss in erhöhtem Masse und zwar immer wieder den Parteimitgliedern vor Augen gehalten werden.

11.) Konzentrierung: Bei ihrer Schwäche darf die Partei in der nächsten Zeit die Arbeit nicht an allzu viel Punkten zugleich in Angriff nehmen, sie muss verstehen, die einzelnen Kräfte zweckmässig

zu verteilen, dabei aber zugleich doch auf die jeweils wichtigsten Aufgaben zu konzentrieren.

Für die allernächste Zeit erscheint es am zweckmässigsten, sich zu konzentrieren auf eine planmässig zu steigernde, zunächst gegen die bevorstehenden Zölle zuspitzende Forderungskampagne, in die der Kampf gegen die Preise, gegen die Steuern, um Frieden, reallöhne, für den Achtstundentag, für die Arbeitslosen usw. zweckmässig eingegliedert werden müssen. Die Hauptarbeit wäre dabei in den Betrieben zu leisten und so gewönne die zweite Hauptaufgabe, die die Partei gleichzeitig in Angriff nehmen muss, die organisatorische Umstellung auf die Betriebszellen einen wirtschaftlichen und politischen Inhalt.

Die Betriebszelle Warchalafsky, Metallwaren,
III, erklärt sich für das Aktionsprogramm der Partei-
mehrheit (Richtung Frey) und bringt dies der
öster. Kommission zur Kenntnis.

f. den Zellenausweis:

Anton Piracht

²⁴
Hans Leobowitz

Stollmann Martin

An die

öster. Kommission

Moskau.

Linffinger Josef, Groggler, Perzorgner, Linder
Graf Anton, Gruppenleiter, Huber Fritz, Oberkellerer

Die Vertrauensmänner der Θ -Lokalorganisation
Grünbach am Schneeberg der Kommunistischen Partei Österreichs
(Bauernpartei) erklären sich mit dem von der Richtung Frey fest-
gelegten Aktionsprogramm für die Arbeit in der K.P.Oe. in allen
Punkten vollinhaltlich einverstanden, da es die Grundlagen zur
Gesundung und zum Aufstieg der Kommunistischen Partei bietet.

Mit kommunistischen Gruss

f.d. Lokalorganisation der K.P.Oe.
Grünbachs:

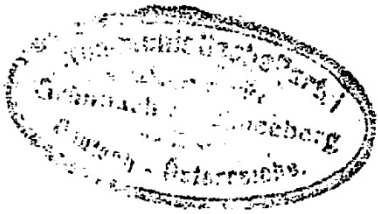
i.A.

Grünbach am Schneeberg, am 5. Juli 1924.



Ignatz Hanke
Kassier

Huber
Oberkellerer
Anton Kellerer



Hausw. oben der Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Johann Zink Schriftf. der Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Wied. Leopold. Sprengleiter. K. P. D. Gmünd
 Jan. Franz. W. W. W. K. P. D. Gmünd

• Weinkunst. Hauptw. Gruppenleiter. K. P. D. Gmünd
 Vorstand der Frau. Bildungsvereins.

Leisl. Franz. Bausleiter - Ortsgruppe Gmünd.
 Ständar. Franz. Jugendvereins d. Gruppe Gmünd

Schmid. Eduard. Bezirksleiter d. Bezirk Gmünd. K. P. D.
 Mandel. Josef. Kontroler der Ortsgruppe der K. P. D. Gmünd

• Kersch. Ignatz. Kassier der Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Winkler. Johann. Sprengleiter d. Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.

Hof. Heinrich. Gruppenleiter - Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Söll. Josef. Gruppenleiter - Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Ustulka. Raimund. Kassier. Schriftf. der Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.

Krausk. Josef. Kassier. Ortsgruppe Gmünd der K. P. D.
 Wippenh. Franz. Gruppenleiter. K. P. D. Gmünd

verlangen nur eines : dass der Parteivorstand Beweise der Einhaltung der Kominternbeschlüsse gibt, statutarisch und gerecht gegen alle Teile der Partei vorgeht und dadurch die Voraussetzung der Wiederherstellung seiner Autorität schafft : sich das unerlässliche Vertrauen erwirbt, um das ihn seine Vorgänger⁸ gebracht haben, ~~anzuk~~ wir warnen den Parteivorstand Ein einziger Seitensprung und der geringste Anfang zu einem gegenseitigen Vertrauen kann vernichtet werden! Wir haben die Fraktionen nicht begonnen um der Personen, auch nicht unserer politischen Linie, auch nicht unserer von uns gewollten Parteiführung willen, diese Richtung kann man vertreten ohne Fraktion, als einfache Soldaten der Partei. Die Fraktion Frey ist entstanden als Schutzmassnahme gegen die Uebertölpelung durch die Tomannfraktion am 5. Parteitag, gegen die unerhörten Statutenbrüche, Vergewaltigungen, militärischen und mechanischen Zentralismus, gegen die Nichtbeachtung der internationalen Beschlüsse, durch das Versagen und die unerhörten Intriguen und Machenschaften einzelner Kominternvertreter, die ihre Funktionen missbrauchten. Der P.V. kann das Vertrauen nur erwerben ~~anzuk~~ er sich auf den Boden des Statutes, der Kominternbeschlüsse stellt, seine Macht mit Mass gebraucht und der Parteiöffentlichkeit eine positive, aktive Linie aufzeigt, eine gemeinsame Basis der Arbeit schafft. Er muss Beweise seines guten Willens geben, durch die strenge Einhaltung der personellen Verfügungen der Kominternbeschlüsse in Bezug auf Tomann, durch die Liquidierung der Suspendierungen und Ausschlüsse aus fraktionellen Gründen in den verschiedenen Bezirken, da sonst die Mittel des Gegendruckes und der Selbsthilfe nicht ausbleiben können, wenn der P.V. sich nicht fähig und mächtig genug erweist die Linie der Komintern einzuhalten.

Wir begrüssen die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission, aber wir legen dem P.V. mit aller Entschiedenheit nahe, alle in der österreichischen Parteigeschichte schwer kompromittierten Komint

Vertreter abzulehnen, wenn die Partei nicht neuerlich zum Spielball von
und Allianzen
Banken werden soll.

Wir bedauern, dass die Komintern keine genaues politisches,
gewerkschaftliches, organisatorisches und Programm und genaue Richtlinien
des Umbaus auf die Grundlage der Betriebszellen ausgearbeitet hat. Je
geringer die Autorität des eines P.V., je erbitterter die Kämpfe in einer
Partei sind, desto unsichtiger hätte die Komintern sein müssen, desto
klarer und sicherer der Weg den sie der Partei weist. In dieser Hinsicht
sind die Entscheidungen vollkommen negativ. Die Freyrichtung hat am Partea-
tag und in der österreichischen Kommission eine Reihe von Anträgen ausge-
setzt. Der Parteivorstand soll sofort mit der Ausarbeitung der Richtlinien
und des Programms beginnen und die Veröffentlichung veranlassen. Der beste
Boden für eine Bereinigung der Partei ist der sechliche Boden gemeinsamer
Arbeit!

Die Komintern hat in der Frage der Fülle von Korruption keine
Entscheidung getroffen und die Entscheidung der Partei überlassen. Die
Der P.V. muss auch das moralische Vertrauen zur Partei wiederherstellen.
Er muss die beiden prinzipiellen Anträge des 5. Parteitages durchführen
und Kassiere die das Vorlegen der Kassabücher verweigern, Genossen die
ohen, Parteiangelegenheiten in gegnerischen Blättern zu veröffentlichen
ausschliessen. Hier ist nichts mehr zu untersuchen, der tatbestand wurde
einwandfrei festgestellt. Zu untersuchen ist nur, ob nicht noch andere
Genossen in die Affaire verwickelt sind.

Von entscheidender Wichtigkeit sind die Feststellungen der Kom-
intern, dass syndicalistische und opportunistische Abweichungen in der
KPD sind. Damit hat die Komintern die Haltung des Politbros zu den
steirischen Wahlen, die schematischen Briefe des alten P.V. an die SP
offenen
, die Tatsache, dass ein Teil der Tomannri-
chtung gegen die Entscheidungen
der Komintern in Moskau gestimmt haben, gegen die syndikalistischen

Abweichung der Branchenzellen, gegen die dualistische Organisationsform der Betriebszellen, gegen das falsche, fraktionelle Wahlsystem u.s.m. entschieden. Wir machen aber auf die Gefährlichkeit der linken Abweichung vorläufig die in der Person des Gen. Koritschoner ihren Ausdruck finden aufmerksam und die sich manifestierten, in dem ~~Kommunisten~~ autonomistischen Bestrebungen des Gewerkschaftsrates unter seinem Einfluss, in der Schaffung eines Provokateurstruppes, in der Frage der wirtschaftlichen Einheit und lediglich der Einheitsfront von "unten", in der monatelangen Unterbrechung der Propaganda der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, in der lächerlichen und schematischen Anwendung aller Parolen, die hohler Pathos und nicht kommunistische Taktik verraten. Wir unterstreichen mit allem Nachdruck, dass die Entscheidungen der Komintern eine Bestätigung der bisherigen Einheitsfronttaktik und der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ist wie sie am 5. Kongress von Gen. Stern und am 6. Kongress von Neurath dem Kongress unterbreitet wurden. Es kommt uns nur die Warnung vor opportunistischen Gefahren bei der Anwendung für alle Zukunft zugute.

Der Parteivorstand soll um den Eindruck des Reinsens der gemeinsamen Arbeit zu verstärken eine Vertrauensmännerkonferenz mit freiem Zutritt aller Wiener Mitglieder der ZPOG ~~zusammen~~ einberufen.
der Abgabe

Mit dieser Erklärung haben wir die Fraktion liquidiert. Wir haben auf allen Gebieten positive Vorschläge gemacht. Alle Bezirke werden nicht zühen, positiv zu arbeiten. Die Umstellung auf die Betriebszellen muss unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Partei muss eine Aktion gegen die Forderung mit allen Kräften beginnen und zu einer grossen, gewaltigen Kampagne entwickeln.

Der P.V. soll einen Aufruf an alle Mitglieder richten und er kann unserer Unterstützung vollkommen gewiss sein, sich zu vereinen in gemeinsamen Kampf für unsere gemeinsamen Ziele und Forderungen!

I.

- 1.) Die Frage der Sanierung bleibt für absehbare Zeit das Zentralproblem der österreichischen Innen- und Aussenpolitik.
- 2.) Neben den allgemeinen Ursachen der Weltkrise hat das österreichische Sanierungsproblem seine besondere Ursache die in der Zerreissung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes der österreichisch-ungarischen Monarchie begründet liegt.
- 3.) Die siegreichen imperialistischen Mächte haben mit der Zertrümmerung der österreich-ungarischen Monarchie und der Bildung selbständiger Nationalstaaten die Hegemonie der deutschösterreichischen Bourgeoisie gebrochen und ihre Macht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend eingebrümt.
- 4.) Deutschösterreich besitzt nun eine Industrie die hier keine Brennstoffe und Rohmaterialien vorfindet, ein Gebiet, das an notwendigen Nahrungsmittel kaum 1/3 des Bedarfes deckt, eine Kredit- und Handelsorganisation die dank der gegenseitigen Absperrung der früher zusammenhängenden Gebietsteile keine solide Basis hat, und als Erbe der früheren politischen Hegemonie einen Verwaltungsapparat der ohne die alten Objekte des Verwaltens und Unterdrückens parasitieren muss.
- 5.) Die nationalen Revolutionen brachten noch zwei andere Widersprüche mit sich, die der weiteren Lösung harren. Die wirtschaftsstatistischen Daten Oesterreichs-Ungarns, der Czechoslovakei, ferner Jugoslavien und Grossrumänien, denen grosse Gebietsteile und zahlreiche Völker der Monarchie zufielen, zeigen mit aller Deutlichkeit die Tendenz der Entwicklung eines neuen, höheren einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Aber die neuen Nationalstaaten hüten eifersüchtig ihre Souveränität. Dieser

Dieser Souveränität unterordnen sie ihre wirtschaftlichen Interessen. Sie sperren sich gegenseitig ab. Bis an die Zähne bewaffnete Heere, Ein- und Ausfuhrverbote, Zoll - und Verkehrsschranken halten Wacht über die mit grossen Blutopfern erkämpfte politische Unabhängigkeit. Die divergierenden politischen Interessen der nationalen Bourgeoisien geraten mit der Notwendigkeit der engsten wirtschaftlichen Kooperation in Widerspruch. Aber auch die nationalen Interessen der unterdrückten Völker geraten mit den Interessen der herrschenden Bourgeoisien in Widerspruch. Die Nationalitäten-Kämpfe die zur Zerreissung der österreich-ungarischen Monarchie führten, lodern in anderer Form von neuem auf. Ohne die Lösung dieser beiden Widersprüche werden die Massen der zusammengebrochenen Monarchie aus einer Krise in die andere geschleudert werden, ununterbrochen wirtschaftliche und politische Erschütterungen werden die Donauländer durchwühlen, die Produktion lahmlegen und furchtbares Massenelend hervorbringen.

7.) Die Gegensätze die mit der Herrschaft der nationalen Bourgeoisien entstanden können nicht durch diese Bourgeoisien gelöst werden. Die Zertrümmerung des grossen Wirtschaftsgebietes der alten Monarchie und die Unterjochung grosser Volksteile ist die Grundlage dieser Herrschaft. Diese Gegensätze können nur durch das Proletariat der Donauländer aufgehoben werden. Nur auf dem Boden der gleichen Interessen des Proletariats kann die Notwendigkeit der engen wirtschaftlichen Kooperation des gemeinsamen grossen Wirtschaftsgebietes in Erfüllung gehen. Auf diesem Boden allein werden die unterdrückten Völker ihre Freiheit erlangen.

8.) Das Proletariat der Donauländer hat die Aufgabe bei Strafe des Unterganges das begonnene Werk der nationalen Revolutionen zu vollenden, unter seiner Diktatur die höhere wirtschaftliche Einheit der Donauländer und die vollständige nationale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Freiheit aller Donauvölker herzustellen.

- 9.) Föderation der Donau-Räte-Republiken, das ist die Lösung der Gegensätze. Das ist die einzige Lösung auch der Sanierungsfrage in Oesterreich. In diese ~~XXXXXXXX~~ Lösung mündet das Problem der österreichischen Produktion, Absatz und Finanzkrise mit allen ihren Folgen. Die Fragen der Teuerung, der Arbeitslosigkeit, der Sozialversicherung, der Löhne und Gehalte, der Arbeitszeit, das Problem des verelendeten Kleinbürgertums, der entlassenen Beamten und Militärs, die Zukunft der studierenden Jugend, die Irredenta, die Zoll- und Handelspolitik der Bodenhunger der landarmen Bauern.
- 10.) Mit Hilfe der Genfer Anleihe von 650 Millionen Goldkronen soll die Krone stabilisiert, der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht und dadurch das ganze Wirtschaftsleben saniert werden. In der Tat ist die Krone seit geraumer Zeit stabilisiert und der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht. Ist aber auch die Wirtschaft Oesterreichs saniert?
- 11.) Die deutschösterreichische Bourgeoisie hat sich ihrer inneren Schulden durch die Inflation entledigt. Sie hat zur Bestreitung der ausländischen Schulden riesige staatliche Unterstützungen bekommen. Sie zahlt weniger Steuer, niedrigere Löhne und Gehalte als in England, Frankreich, der Czechoslovakei etc. und erreicht dabei Preise über die Weltmarktparität. Sie genießt ununterbrochen eine Ausfuhrprämie durch die verschleierte Inflation. Trotz dieser Bedingungen die die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft bedeutend steigern, trotz der Kronenstabilisierung des ausbalanzierten Staatshaushaltes weist unser Einfuhrüberschuss für das Jahr 1923 einen Betrag von 818 Millionen Goldkronen gegen 652 Millionen für 1922 auf. Für Jänner und Feber 1924 betrug das Passivsaldo 188 Millionen Goldkronen während es für denselben Zeitraum des Vorjahres sich auf 100 Millionen belief. Bis jetzt überstieg die Ausfuhr der Fertigwaren die Einfuhr um ein Erhebliches, so dass sie zur Deckung

Deckung der grossen Passivposten (Nahrungsmittel und Brennstoffe) etwas beitrug. 1924 blieb aber die Ausfuhr der Fertigwaren hinter dem entsprechenden Einfuhrwert zurück. Der Einfuhrüberschuss von 818 Millionen Goldkronen des kleinen armen Oesterreichs ist viel grösser als der der ganzen Habsburgermonarchie. Er betrug im Jahre 1911 bis 1914 im Jahresdurchschnitt 763 Millionen Goldkronen und konnte mit der riesigen Wirtschaftsmacht der Monarchie leicht ausgeglichen werden. Aber dem Passivum von 818 Millionen Goldkronen stehen keine bedeutenden Posten der Zahlungsbilanz im verkümmerten heutigen Oesterreich gegenüber. Dieses ungeheuerere Passivum ist grösser als die ganze Anleihe von 650 Millionen Goldkronen mit denen Oesterreich saniert werden sollte. Es bleibt zum Grossteil ungedeckt.

- 12.) Mit Ausnahme des kurzen Zeitraumes der Ruhrbesetzung, die eine Konjunktur vorgerufen hat, ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Sanierungsperiode ununterbrochen gestiegen.
- 13.) Trotz der auf einen niegeahnten Tiefpunkt gelangten Kaufkraft der Masse steigt die Einfuhr und hält mit der Steigerung der Ausfuhr keinen Schritt. Dies beweist, dass Oesterreich so ausgemergelt ist, dass es auch bei grösster Einschränkung auf diese Einfuhr nicht verzichten kann. Andererseits ist unsere Wirtschaft nicht im Stande die Güter zu erzeugen, mit denen wir uns die notwendigsten Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohmaterialien kaufen könnten. Nur der Ruin der Produktion im übrigen Europa gestattet Oesterreich eine kleine Atempause im Rahmen der bürgerlichen Sanierung.
- 14.) Dazu kommt noch die Frage der künftigen Reparationszahlungen. Schon heute fordert die ausländische Bourgeoisie dass der Grossteil des Restes der Völkerbundanleihe auf das Konto der Reparationen verwendet werde. In dem Masse als die Staatsfinanzen balanziet ⁱⁿ ~~w~~^{werden} werden, werden die Reparationsforderungen der imperialistischen Mächte immer zwingender. Schon diese Forderungen allein müssen das Gleichgewicht des Staatshaushaltes immer

immer umstürzen.

- 15.) Auf dem Boden dieser politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Krone auf die Dauer zu stabilisieren und die Staatsfinanzen zu sanieren, hiesse versuchen das Meer in Ketten zu schlagen. An der Passivität unserer heutigen Wirtschaft und an den Reparationsforderungen werden alle Sanierungsversuche der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien notwendig zerschellen.
- 16.) Eine neue Inflationskrise ist in Sicht die an ~~ZSE~~ verheerender Wirkung all vorhergegangenen in Schatten stellen wird. Unsere Krone wird im Handumdrehen so entwertet werden, dass wir für sie vom Ausland nichts beziehen werden können. Aber ohne ausländische Nahrungsmittel, Brennstoffe und Rohmaterialien können wir nicht existieren. Die Betriebe werden gesperrt und Millionen, buchstäblich dem Hungertode preisgegeben werden.
- 17.) Es wäre grundfalsch, anzunehmen, dass die Bourgeoisie und Sozialdemokratie dieser aussichtslosen Methode des kapitalistischen Aufbaues den Rücken kehren werden. Sie können die wirkliche Sanierung nicht wollen, da sie nur in der Föderation der Donau-Räte-Republik lösbar ist. Sie würde das Ende der bürgerlichen Herrschaft und ihrer Helfershelfer bedeuten. Die Bourgeoisie will aber die Macht nicht aus der Hand geben. Der tiefste Sinn der bürgerlichen Sanierung besteht darin, dass die zappelnde Bourgeoisie in Oesterreich, die politische und wirtschaftliche Macht trotz der zerrütteten Verhältnisse fest behalten, sie sogar unter dem Mantel der Sanierung und mit Hilfe der Sozialdemokratie erweitern will. Sie kann und wird von dieser Methode des Hungertodes nicht um Haaresbreite weichen, Sie wird sich weiter auf Kosten der Massen schadlos halten, gegen den Achtstundentag, den Arbeiterurlaub, die Betriebsräte, die "sozialpolitischen Lasten" Sturm laufen, die Löhne herabsetzen, die Steuern auf die Massen abwälzen, die Produktion rücksichtslos sabotieren um den Widerstand der Massen zu

zu brechen. Sie wird dem Bankerott dieser Wirtschaft durch eine verheerende Zollpolitik aufzuhelfen versuchen. Unerträgliche Teuerung, Riesige Arbeitslosigkeit, sichere Zollrepressalien der anderen Länder, weiterer Untergang der Produktion, Zerrüttung der Staatsfinanzen, weitere Beamtenentlassungen, Zusammenbruch der Währung, vollständige Expropriation des Kleinbürgertums, Hungertod des Proletariats das ist die Perspektive der bürgerlichen Sanierung.

18.) Die Sozialdemokratie hat diese Politik der Bourgeoisie ermöglicht. Sie ist vom ersten Tage ihrer Wirksamkeit in der Republik für den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft eingetreten. Sie hat jeden Versuch des revolutionären Proletariats, die Bourgeoisieherrschaft zu stürzen, zu nichtem gemacht. Sie hat beim Zusammenbruch den Anschluss an das Deutschland der Arbeiter und Soldaten-Fräse verhindert, wie sie im 19-er Jahr die Vereinigung mit der bayrischen und ungarischen Arbeiterrepublik unmöglich machte und damit eine der entscheidendsten Schlachten der Weltrevolution zu Gunsten der Bourgeoisie entschied. Wenn sie heute gegen den Genfer Vertrag auftritt, der mit ihren Stimmen beschlossen wurde, wenn sie der Ausplünderung der Massen durch die ausländische Bourgeoisie entgegenstellt: die "nationale" Parole der Ausplünderung durch die eigene wenn sie durch ihre Schwindelopposition und ihren Maulradikalismus die Massen über ihren wahren Charakter als verlässlichste und wirksamste Stütze der Bourgeoisierepublik zu täuschen sucht, dann wird die K. P. ihre Heuchelei und arbeiterfeindliche Politik vor den Massen entlarven an den Attentaten und Raubzügen die von der Seipelregierung mit Unterstützung und Hilfe der Sozialdemokratie täglich an den Massen verübt werden.

19.) Die K.P. wird rücksichtslos und unerbittlich den Kampf führen gegen jede bürgerliche Sanierung und ihre mörderischen Folgen für das Proletariat. Sie wird die Macht der bürgerlichen und sozialdemokratischen

sozialdemokratischen Parteien brechen und im Verein mit den kommunistischen Parteien der Donauländer die einzig mögliche Sanierung unter der Diktatur des Proletariats im Rahmen der Föderation der Donau-Räte-Republiken verwirklichen.

0.) Dieser Kampf gegen die Sanierung des Hungertodes und der Kampf um die Föderation der Donau-Räte-Republiken stellt der K. P. Oe. folgende Aufgaben:

II.

Aussenpolitik.

Engstes Zusammengehen der K.P.en der Donauländer
Bildung gemeinsamer Organe für politische, wirtschaftliche, militärische und nationale Angelegenheiten. Gemeinsamer Kampf gegen alle Massnahmen die die Donauländer wirtschaftlich und politisch von einander trennen. Kampf für die politische und wirtschaftliche Annäherung der Donauländer auf dem Boden des gemeinsamen proletarischen Interesses
Kampf gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten. Kampf für das Selbstbestimmungsrecht und für die vollständige nationale Freiheit aller Völker an der Donau. Gemeinsamer Kampf im Falle eines Krieges. Unterstützung Sowjetrussland. Gemeinsamer Kampf um Befreiung der Donauländer von politischem, wirtschaftlichem und nationalem Joch, der Bourgeoisie
gemeinsamer Kampf um die Diktatur des Proletariats unter der Losung: Föderation der Donau-Räte-Republiken als eines festen Stützpunktes des proletarischen Europas.

III.

Innenpolitik.

I. Wohnungsfrage.

Das von den Christlichsozialen mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossene Mietergesetz hat alle durch den Arbeiterrat eroberten Rechte zu nichte gemacht. Die K.P. muss zur Linderung des proletarischen

proletarischen Wohnungselends mit ganzer Kraft die Mieter mobilisieren für den Kampf um die Organisierung der Mieterräte, um die Abschaffung der reaktionären Mieterkommissionen, um die ausschliessliche Kompetenz der Mieterräte betreffs Entscheidung in sämtlichen Wohnungs- und Mieterangelegenheiten. (Anforderung und Zuweisung aller von ihnen als überflüssig deklarierten Wohnräume. Festsetzung des Mietzinses, Kündigungen etc.) Um den erhöhten Schutz für Untermieter, die heute ~~ka~~ vogelfrei sind, um eine grosse zinsenlose Zwangsanleihe der Banken und Grossindustriellen für Wohnbauzwecke.

II. Gemeindepolitik.

Die Gemeinde sorgt anständig für die Blinden, Trunksüchtigen, Wahnsinnigen, Krüppeln etc. bis zum Begräbnis und der Einäscherung. Für die lebendige Arbeitskraft trägt sie keine Fürsorge. Wir fordern: Kommunalisierung aller Brotwerke und Staffelung der Brotpreise nach dem Einkommen. Unentgeltliche Abgabe von Brot, Kleidern, Wäsche, Holz, Kohle, elektrischem Licht und Gas für Arbeitslose und Erwerbsunfähige. Investitionen für Zwecke der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Staffelung der elektrischen ~~ka~~ Licht und Gaspreise nach Einkommen. Errichtung von Arbeiterfachhochschulen an denen Arbeiter für die Führung der Betriebe technisch und kommerziell ausgebildet werden. Unbedingte Einhaltung des Achtsturentages in allen Gemeindebetrieben.

III. Gewerkschaft.

Kampf um die Umorganisierung der Gewerkschaft in Industrieverbände. Kampf um die ~~Aufgabe~~ ^{Aufgabe} aller der R.G.J. angeschlossenen Organisationen und Verbände ~~ind~~ die Internationalen Berufsverbände. Organisierter Kampf um die Wiederaufnahme aller wegen revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder. Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung und Ueberstundenarbeit. Kampf für unversehrte Aufrechterhaltung des Achtsturentages und für die 44-stündige Arbeitswoche. ~~ka~~

Arbeitswoche. Kampf gegen die technische Nothilfe und das Streikbrechertum und für das Streikzwangsgesetz. (Beschliesst die Gewerkschaft oder die Mehrheit eines Betriebes den Streik, so müssen sich alle dem Streik anschliessen. Die Arbeitnehmer die trotz des beschlossenen Streiks weiter arbeiten, und die Arbeitgeber, die solche Arbeit zulassen, oder neue Arbeiter aufnehmen, müssen strafrechtlich verfolgt werden.) Kampf gegen den Schwindelindex und für die Festsetzung durch die Arbeiterkammer unter Kontrölle der proletarischen Oeffentlichkeit. Kampf für einen gesetzlichen Minimallohn in der Höhe des Friedenreallohnnes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamte. Kein Kollektivvertrag ohne die 44-stündige Arbeitswoche, den Friedensreallohn und die Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe.

IV. Betriebsräte.

Neben den Gewerkschaften muss die Organisation der Betriebsräte aufgebaut werden. Dem Prinzip der paritätischen Kommissionen stellen wir das reinproletarische entgegen. So allein bekommen die Betriebsräteorgane eine entscheidendere ~~KXXXX~~ Bedeutung in allen Fragen der Produktionskontrölle, der Arbeitsverhältnisse und Bedingungen. Daraus folgt: Kampf um die Abschaffung der industriellen Bezirkskommissionen, Einigungsämter, Schiedsgerichte und paritätischen Lohnkommässionen und Kampf um ihre Ersetzung durch die vom Betriebsrätekongress gewählten Ausschüsse. Kampf um die volle Uebertragung der Kompetenz der genannten Kommissionen, Aemter und Gerichte auf diese Ausschüsse. Kampf gegen den Abzug der Einkommensteuer vom Lohn. Kampf gegen die Wahrenumsatzsteuer und Verbrauchssteuer, die den Konsum des Proletariats erdrosseln. Keine Steuer dem bürgerlichen Klassenstaat/ muss die Parole sein. Kampf um die Kontrolle der Preise und des Marktes. Kampf gegen die Teuerung durch Kontrollausschüsse der Betriebsräte. Kampf gegen die Sabotage der

der Bourgeoisie gegen Betriebseinschränkungen und Betriebssperre. Kampf um die Produktionskontrolle. Kampf um den Reichskongress der Betriebsräte.

V. Sozialversicherung.

Prinzip: Beitragsleistung, ausschliesslich durch die Unternehmer und den Staat. Ausschliessliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit durch die Versicherten. Statuierung eines Existenzminimums in der Höhe des Friedensreallohnnes. Kampf um gesetzliche Fürsorge für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen, sowie für Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern durch Ausdehnung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung auf dieselben, durch Einführung der obligatorischen Alters- und Invaliditätsversicherung und Witwen- und Waisenversorgung. Gewährung von vorübergehenden Unterstützungen und dauernder Renten unter Statuierung eines Existenzminimums in der Höhe des Friedensreallohnnes und Gehaltes. Abschaffung der Karrensfrist. Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf die sich ausserhalb des Betriebes ereignenden Fälle. Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die ganze Dauer der Krankheit. Statuierung eines Existenzminimums bei der Arbeitslosenversicherung in der Höhe des Friedensreallohnnes. Die Dauer der Unterstützung muss mit der Dauer der Arbeitslosigkeit identisch sein. der Altersrentenbezug beginnt spätestens mit dem 50. Lebensjahr. Schaffung einer einheitlichen und einfachen den Zwecken der Versicherung entsprechenden Organisation. Die Grundlage bilden die örtlichen Kassen die bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit Unterstützung gewähren, während sie zu territorialen Kassenverbänden vereinigt, die dauernden Renten bei der Invaliditäts- und Altersversorgung bei der Witwen- und Waisenversorgung ~~XXX~~sichern. Die vereinheitlichen Zusammenfassung des ganzen Versicherungsgebietes, hat unter Mithilfe der Betriebsräteorgane durch einen Reichsverband und durch die Errichtung eines

eines Reichsversicherungsamtes zu erfolgen. Die Versicherungsinstitute und die Organe der Betriebsräte erlassen die Verordnungen zur Verhütung von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten, ebenso überwachen sie die Fabriken, Werkstätten landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsplätze.

VI. Arbeitslose.

Auszahlung des durchschnittlichen Arbeitslohnes als Arbeitslosenunterstützung. Bis zur Erfüllung dieser Forderung: Freie Wohnung, Licht und Beheizung, freie ärztliche Behandlung, Medikamente und Milch für die Kinder der Arbeitslosen, gewährleistet durch die Gemeinde. Freie Fahrt von und zur ~~AUSZAHLUNG~~ Auszahlungsstelle, Investitionen für produktive Arbeitslosenfürsorge, durch Staat und Gemeinde, unter Kontrolle und Mitverwaltung und freigewählten Vertretern der Arbeitslosen. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit auch an die Arbeitslosen der Landgemeinden. Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Verbot aller Arbeitszeitverlängerung, Ueberstundenarbeit etc. Uebernahme aller Lasten der Arbeitslosenfürsorge durch Staat und Unternehmung.

VII. Frauen.

Ausbau der Arbeiterinnenschutzgesetze. Ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit, Einführung der 44-Stundenwoche für die Frauen in allen Betrieben, restloses Verbot der Verwendung von Frauen bei gesundheitsschädlichen Arbeiten. Vermehrter Wöchnerinnen und Säuglingenschutz. Arbeitsbefreiung der Schwangeren acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung, bei gleichzeitiger Fortzahlung des vollen Lohnes. Unentgeltliche Geburtshilfe. Errichtung von Mütter- und Säuglingsheimen. Kinderrippen und Stillstuben in den Betrieben u.s.w. Beseitigung des § 144 - 148 des Strafgesetzes. (Abtreibungsparagraph.)

VIII. Jugend.

Tatkräftigste Unterstützung des Kampfes der K.J. um die Einhaltung der 44-Stundenwoche bei den Lehrlingen und dem Vierwochenurlaub und die Verlegung des Schulunterrichtes in die Arbeitszeit sowie die Bezahlung aller Unterrichtsbehelfe durch die Unternehmer, für freie Fahrt von und zur Schule, entsprechende Entlohnung der Lehrlinge deren Aufnahme in den Kollektivvertrag und Gleichberechtigung in den Gewerkschaften. Für die Ausgestaltung der Lehrlingsberatungsstellen. Errichtung staatlicher Lehrlingserholungsheime auf Grund des Schlösserenteignungsgesetzes. Für obligatorische, fachliche Ausbildung der jugendlichen Hilfsarbeiter nach denselben Grundsätzen wie bei den Lehrlingen. Drakonische Bestrafung jeder Lehrlingsschinderei. Für diese Forderungen ist der Kampf zu führen bis zur Abschaffung des Lehrlingswesens durch Errichtung staatlicher Lehrwerkstätten.

IX. Wehrmacht.

Verhinderung des offenen und versteckten Abbaues. Ergänzung des Standes der Wehrmacht bis zu der im Friedensvertrag vorgesehenen Höhe. Kontrolle der Werbungen durch die Vertrauensmänner der Soldaten. Ausschliessliche Anwerbung gewerkschaftlich organisierter Arbeitsloser. Wiederherstellung der vollen Rechte der Vertrauensmänner wie sie zur Volkswehrzeit bestanden. Anerkennung des Kontrollrechtes der Vertrauensmänner über die Offiziere. Entfernung aller reaktionären Offiziere und Unteroffiziere aus der Wehrmacht. Zulassung der Wehrmänner zur Offizierslaufbahn ohne Rücksicht auf die Vorbildung. Anerkennung der uneingeschränkten staatsbürgerlichen Rechte der Wehrmänner. Abschaffung des reaktionären Militärstrafgesetzes und Ersetzung durch ein Disziplinargesetz, das den Wehrmann in disziplinärer Hinsicht der Willkür der Offiziere entzieht. Kampf um die materielle Besserstellung der Wehrmänner. Volle Einbeziehung der bereits abgebauten Wehrmänner in die Arbeitslosenversicherung ohne

ohne Einrechnung der Abfertigung.

X. Genossenschaften:

Heranziehung der Mitglieder zur regen Mitarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Frauen und Verwirklichung der Demokratie innerhalb der Konsumgenossenschaft. Grundsätzlicher Verzicht auf die Dividende die zur Schwächung der Konsumgenossenschaften führt und Verwendung der erzielten Gewinne zur Stärkung der Konsumgenossenschaften Bildung von Spezialfonds zur Unterstützung von Streik etc. Kampf für die volle Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften. Kampf gegen das moderne ~~M~~ Trucksystem, ~~Das~~ in den Werkskonsumvereinen ~~die~~ von den Unternehmern unterhalten werden wieder aufblüht. Umstellung der genossenschaftlichen Kleinarbeit und Propaganda auf das Endziel der Arbeiterklasse. Vertiefung der genossenschaftlichen Beziehungen zu den Sowjetgenossenschaften.

XI. Landarbeiter und Kleinbauern:

Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Landarbeiter und vollständige Gleichstellung mit den Industriearbeitern. Ausreichender Schutz für die Pächter, Abschaffung der die Landarmut belastenden Servitute. Einsetzung von aus Landarbeitern bestehenden Kommissionen zur Regelung der Deputate. Weiderecht für das Kleinvieh der Landproletarier, Jagd und Fischereirecht für die Landarmut. Die ~~RHY~~ Raiffeisenkassen die heute ausschliesslich unter Herrschaft der Grossbauern stehen und die landwirtschaftlichen Hypothekarkassen sind umzuwandeln in gemeinwirtschaftliche Institute unter Verwaltung der Landarmen die die Produktion auf genossenschaftliche Basis zu Gunsten der Landarmut zu heben und die Besserung der Wohnungs- und Lebensverhältnisse in Angriff zu nehmen haben. Wir fordern Steuerfreiheit für die Landarmen und progressive Grund- und Einkommensteuer auf die Schultern der reichen Bauern. An Stelle des bestehenden Rates der Grossbauern hat ein Rat der Landarbeiter (Or-

(Organisation der Gutsräte) und landarmen Bauern zu treten. Die K.P. wir für alle diese Forderungen den Kampf führen bis das vereinte Stadt-und Landproletariat mit der Aufrichtung der Diktatur des Expropriierung des Grossgrundbesitzers und seiner Forst-und Jagdgründe sowie die Beschlagnahme aller Kirchengüter und ihre Uebergabe in die Hände der Landarmut erzwingen wird.(N.B.Die Ausarbeitung eines ausführlichen Agrarprogrammes muss sich die Partei vorbehalten

III. Organisatorisches:

Alle diese Aufgaben welche den Lebensnotwendigkeiten des Proletariats entspringen, kann nur eine K. P. erfüllen, die auf Grundlage der Betriebszellen organisiert ist und dadurch in den Massen ~~XXX~~ verwurzelt mit sich vorwärts führt. Daher ist es Aufgabe der K. P. Oe.

die Umstellung auf Betriebszellen nach den Richtlinien der K.I. schleunigst durchzuführen und auf dieser Grundlage den Kampf aufzunehmen. Jedes Mitglied ist verpflichtet seiner Betriebszelle anzugehören, und an ihren Arbeiten aktiv teilzunehmen, in dem revolutionären Block seiner Gewerkschaft organisiert zu ~~XXXX~~ sein, sein Partei- wie Blockorgan zu abonnieren und zu verbreiten, bei Diensttauglichkeit dem ~~KXXXXXXXKXXXX~~ republikanischen Schutzbund anzugehören, dem Parteiordnerdienst nach Weisung zur Verfügung zu stehen.

Die wöchentliche Berichterstattung der Zelle an die Zentrale ist obligatorisch einzuführen. Der Parteivorstand hat im Rahmen der allgemeinen politischen Einstellung neben der Schätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage die Berichte der Betriebszellen ~~zu~~ zur Grundlage seiner Arbeit zu machen. Die Beteiligung der Parteimitglieder an der Parteiarbeit darf keine zufällige sein, im Rahmen der zu lösenden Parteiaufgaben muss jedes Mitglied seine Arbeit zu-

zugewiesen erhalten und ist für ihre Durchführung verantwortlich. Die Parteipresse hat wenigstens die Hälfte ihres Raumes für die Berichte aus den Betrieben zur Verfügung zu stellen. Alle Kosten und Ausgaben der Partei und Presse sind vor allem aus Eigenem zu bestreiten.

XIII. Bildungsarbeit:

Neben den Kursen für Vorgeschrittene sind im Rahmen der Betriebs- und Strassenzellen Bildungszirkel zu organisieren, denen anzugehören jedes Mitglied verpflichtet ist. Jedes neueintretende Mitglied wird seiner Bildungszelle zugewiesen und dort mit den wichtigsten Grundsätzen und Thesen der K. I. vertraut gemacht. Es darf kein Mitglied ohne Kenntnis der Grundsätze des Kommunismus geben.

XIV. Parteiwehrorganisation:

Ist so auszubauen, dass sie allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden kann.

Aktionsprogramm

A. Politische Linie und Taktik / I. Innenpolitisch

1. Die Zentralisierung für Oesterreich: Gegen Genf und Seipelregierung, für die Arbeiter- und Bauernregierung!

b) Aktion gegen die Teuerung, Zuspitzung gegen die Zölle und nachher gegen den Raub des Mieterschutzes, gegen die Erhöhung der Wohnbausteuer etc.

c) Kampf um die Angleichung der Löhne (Index) bei prinzipieller Aufrechterhaltung der Forderung nach Friedensreallohn.

d) Aufnahme des Kampfes um den Achtstundentag als politischen Kampf, d.h. die politische Machtfrage für die Arbeiterschaft muss hier unermüdlich aufgezeigt werden.

e) Gegenüber dem überdies nur zum kleinen Teil erfolgreichen Versuch den Staatshaushalt durch Massensteuern zu sanieren, stärkste Hervorhebung der alten Lesung: Alle Staatslasten auf die Schultern der Bourgeoisie!

f) Kampf für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und ihre ausnahmslose Ausdehnung auf alle Arbeitslosen; für sofort aufzunehmende produktive Arbeitslosenfürsorge durch den Staat mit zwangsweiser Heranziehung des Kapitals. Im Uebrigen muss die Aktion für die Arbeitslosen im engsten Verein mit den sonstigen wirtschaftlich - gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen vor allem aber mit dem Kampf um den Achtstundentag geführt werden.

g) Unter diesen Lesungen und der Revolutionierung der Gewerkschaften gründliche Vorbereitung der Betriebsrätewahlen und Durchführung derselben, mit der Rahmenparole: Reichsbetriebsrätekongress, Schaffung einer Reichsbetriebsräteorganisation, vom lokalen bis zum Reichs Aktionskomitee zur Kontrolle der Produktion etc etc.

h) Einreihung der Ländarbeiter und änderarmen Bauern in die Klassenfront des Proletariates, wobei - entsprechend den österreichischen Verhältnissen - zunächst das Schwergewicht der Propaganda der KPOe in der Gewinnung der Ländarbeiter zu liegen hat.

2. Parallel mit den wirtschaftlich-politischen Kämpfen eine breite, aktive Front gegen Reaktion und Faschismus.

a) Aktives Auftreten der KP gegen die Hakenkreuzler und übrigen Faschisten mit besonderer Berücksichtigung der Mobilisierung der Betriebe. (Möglichste Verhinderung der Versammlungen etc. alles aber in breitester Öffentlichkeit vor dem ganzen Proletariat und nicht in falscher Ueberschätzung der illegalen Arbeit in den Reihen der Faschisten) Hand in Hand damit politische Aufklärung und Entlarvung des Faschismus.

b) Kampagne für die Bewaffnung des Proletariates auf der Basis der Betriebe. Gegen die lendenlahme Führung der Arbeiterwehren. Weiseste Verstärkung unseres Einflusses in den Ordnerwehren durch strengsten Parteauftrag, bis zum letzten Mann in die Ordnerwehren einzutreten

e) Scharf zugespitzte Behandlung der Wehrmachtsfrage. Rege Arbeit in der Wehrmacht, mit ausgiebiger Unterstützung der revolutionären Soldatenbewegung und engster Zusammenarbeit mit dem Jugendverband.

d) Kampagne gegen die Klassenjustiz. Forderung nach Kommunalisierung der Polizei etc etc.

e) Zusammenfassung aller wehrhaften Kommunisten innerhalb der K.P. zu verwendbaren Formationen

II. Aussenpolitik

1

1. Propaganda für die Komintern. Stärkste propagandistische Ausnutzung der Macht der Komintern im Ausland. Andauernde Kampagne für Sowjetrussland.

2. Aufzeigung des aussenpolitischen Weges der österreichischen Arbeiterklasse: Anschluss an ein revolutionäres Deutschland. Ständiger und täglicher Kampf gegen die Preisgabe von Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet (Achtstundentag; Index!) und feiges Auskneifen vor dem Faschismus (Ordnungstreuen). Diese Politik aber in einer Form die den Anschluss an jeden anderen noch vor Deutschland revolutionären Nachbarstaat nicht ausschliesst.

Nach gültigen sozial und national zwingenden Gründen dieser Aussenpolitik ist Deutschland jeder Perspektive nach dem Land der nächsten Revolution.

3. Entsprechend dieser Linie, neben einer engen Verbindung mit den kommunistischen Parteien der Donau- und Balkanländer, engste und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der K.P.D., Stärkste Ausnutzung der Ereignisse in Deutschland.

4. Kampagne für Beendigung der Auslandskontrolle.

5. Unter der Leitung der Komintern

5. Unter der Leitung der Komintern Einberufung einer Konferenz der K.P. in den dem Genfer Vertrag angeschlossenen Ländern zur Vorbereitung einer mindestens parlamentarischen zu gleicher Zeit überall einsetzenden Demonstrationsaktion in den betreffenden Staaten gegen den Genfer Vertrag und damit gegen den Völkerbund. (Im Herbst anlässlich der zweijährigen Bestandes.)

III. Taktik gegen die Sozialdemokratie

1. Ständiger und täglicher Kampf gegen die Preisgabe von Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet (Achtstundentag; Index!) und feiges Auskneifen vor dem Faschismus (Ordnungstreuen).

2. Brandmarkung der versteckten Koalitionspolitik (Genf, Zölle etc.) Ständige Wachhaltung der Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Kontraste offene Koalition. Unausgesetzte Vorwerfung der Verbrechen ihrer taktisch weniger klugen Bruderparteien im Ausland (Deutschland, England etc.)

3. Entsprechend den Machtverhältnissen innerhalb des österreichischen Proletariats. Fortsetzung der Einheitsfronttaktik bei strengster Beachtung der Lehren der deutschen Oktoberereignisse. Gründliche Vorbereitung und Vertiefung jedes Einheitsfrontschrittes; starker Ausbau der Einheitsfronttaktik in lokalen sowie im Massstab des Betrübes, wobei wahrscheinlich der örtliche Kampf gegen Reaktion und Faschismus eine Hauptrolle spielen wird.

4. Peinlich genaue Beobachtung und möglichste Ausnutzung der auftretenden Differenzen in der S.P.Oe. / Aufnahme der seit Jahren vernachlässigten Zellennarbeit in der S.P., wenn auch selbstverständlich der Hauptkampf in offener politischer ist.

in offener politischer ist.
in offener politischer ist.

IV. Zusammenfassung und Losungen

Bei aktivster Führung des alltäglichen, aktuellen Kampfes ist die K.P. die einzige Partei die ein Stück Weg aufzuzeigen imstande ist. Dieser Weg ist : Bei kommunistischer Anwendung der Einheitsfronttaktik und fortschreitender Verlegung der Arbeit in die Betriebe, in zusammengefassten wirtschaftlich-politischen Kampfe die Massen zu mobilisieren - über Tagesfragen hinaus Machtfragen aufzuwerfen deren Formel in Oesterreich gegenwärtig nur die Arbeiter und Bauernregierung lauten kann. Hand in Hand mit der aufgezeigten Innen- und Ausserpolitik, geht das Wachsen der K.P.Oe. als Partei vor sich .

Die Losungen der K.P.Oe. sind für die nächste Periode :

1. Alle Lasten auf die Schultern der Bourgeoisie !
2. Gegen Teuerung, Zölle und Abbau des Mieterschutzes
3. Für raschwirkende Angleichung der Löhne an die Teuerung, für Friedensreallohne.
4. Gegen jeden Abbau des Achtstundentages
5. Für produktive Arbeitslosenfürsorge auf Kosten des Kapitals, für ausnahmslose Unterstützung aller Arbeitslosen in der Höhe des Durchschnittslohnes.
6. Reichsbetriebsrätekongress und Reichsorganisation der Betriebsräte zur Kontrolle der Produktion !
7. Zerschlagung des Faschismus!
8. Bewaffnung des Proletariates !
9. Gegen die Reaktion an der Wehrmacht !
10. Gegen Genf und Auslandskontrolle !
11. Gegen die Seppelregierung !
12. Gegen die versteckte und offene Reaktion !
13. Einheitsfront des Proletariates gegenüber Staat Bourgeoisie und Faschismus !
14. Anschluss an das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt !
Anschluss an das revolutionäre Deutschland !
15. Für die Arbeiter und Bauernregierung !

A n h a n g

Die Weltwirtschaftskrise ist nicht gelöst. Wenn auch z.B. im letzten Augenblick in Deutschland ein Aufhalten der Inflation und Geldentwertung gelungen ist, so zeigen die bald darauf einsetzenden Riesenkämpfe um die Arbeitszeit, dass aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus, trotz der "Stabilisierung" gewaltige Klassenkämpfe entstehen müssen.

Wenn auch in Frankreich, England und anderen Westeuropäischen Staaten demokratische Illusionismus gestiegen ist, so bedeutet dies, da sich die Arbeiter bürgerlich und nicht revolutionär denkender Massen zum Illusionismus hingewickeln, im Grunde genommen zugleich auch den Beginn eines Desillusionierungsprozesses, der Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Desorganisation dieser Länder zur Revolutionierung führt.

In Oesterreich der Kolonie des Völkerbundes gelang es diesem und seinen Statthaltern, eine andauernde Stabilität der Währung und eine Verringerung des Staatsdefizits herbeizuführen. Aber nur scheinbar! Die geringste Forderung der Staatsbeamten reißt es wieder von neuem auf. In Uebrigen besteht die "Sanierung" in der skrupellosesten Ausbeutung der Massen durch Massensteuern, Steuern, Zölle und Tarife, aus der Veranschäufung der Inflation durch das gestörte Treiben der Börse und Banken, aus der Vernichtung tausender Arbeiter und Menschen durch Arbeitslosigkeit und Abbau von unversenkten und von der Regierung geduldeten und geförderten Rüstungen der Reaktion, aus Lohnsenkungen und Massenelend und aus offenen Vorbereitungen zur Abschaffung des Achtstundentages und aller übrigen sozialen Errungenschaften des Proletariates.

Der scheinbaren Stabilisierung der Verhältnisse und der Tatsache, dass die entscheidenden Kämpfe erst jetzt in Oesterreich einsetzen, hat es die Sozialdemokratie, deren Scheinopposition die "Sanierung" erst ermöglicht hat, zu danken, dass sie noch den Einfluss auf die grossen Massen des österreichischen Proletariates hat. Die stets schärfer werdende Zuspitzung der Verhältnisse Oesterreichs aber und die schon begonnene Desillusionierung der österreichischen Arbeiterschaft, setzt die Kommunistische Partei Oesterreichs die Lage, die Massen zu erobern und in den vor uns liegenden Kämpfen zu erringen, die Führung zu erringen, wenn sie die in vorstehenden skizzierten Aufgaben erfüllt.

-.-.-.-.-

I. Fortschreiten der Weltkrise.

1.) Das Londoner Abkommen ist ein Versuch der Weltbourgeoisie, durch die Sanierung des Hauptkrisenherdes die Weltkrise zu liquidieren. Allein der Dawes-Pakt zwingt Deutschland zu einer gewaltig gesteigerten Ausfuhr und verschärft so die grundlegende Ursache der Weltkrise, den wachsenden Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen. Die Produktivkräfte wachsen, aber schneller noch wächst die Schwierigkeit, sie kapitalistisch in Bewegung zu setzen, d.h. ihre Produkte mit Profit abzusetzen. Das Londoner Abkommen führt also zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze.

2.) Der politische Ausdruck davon ist das gesteigerte Ringen der Weltmächte nach Absatzmärkten. Die politischen Gegensätze zwischen den Weltmächten verschärfen sich. Da und dort flammen offene Konflikte empor (Marokko, Indien, China, Aegypten). Aber noch ist die Weltbourgeoisie imstande, sie zu lokalisieren. Darin besteht das Wesen der demokratisch-pazifistischen Ära, die zugleich nur eine Atempause ist, innerhalb welcher die imperialistischen Mächte ihre Rüstungen zu dem nächsten unvermeidlichen Weltkrieg vollführen.

II. Die Lage in Deutschland.

1.) Für Deutschland wird sich der Dawes-Pakt auswirken als potenzierte ^{bessert} Auswirkung des schon zur Kulistufe herabgedrückten Proletariats. Die Dawes-Praxis wird die revolutionäre Zuspitzung treibhausartig fördern. Aber zunächst führte und führt das Dawes-Abkommen zu der Illusion breiter Massen als ob es ohne Kampf zu einer Besserung ihrer Lage kommen könnte. Der ^{politische} Ausdruck dieser Illusionen ist die Wahlniederlage der K.P.D. Eine Million Sympathisierender haben sich von der Partei der Revolution losgelöst. Die Partei der Reformisten, die ~~es~~ aber vermochte, darüber hinaus noch eine 2. Million an sich zu ziehen. Und das bei einer, sich zuspitzenden Lage. Nur eine sehr geringe

regional der vom 5. Weltkongress beschlossenen Einheitsfrontpolitik kann diesen Illusionen der Massen wirksam begegnen. Das die K.P.D. dies nicht getan hat, ist neben dem Terror eine der Hauptursachen der Wahlniederlage.

2.) Die deutsche Bourgeoisie ist entschlossen, die Gesamtlasten des Dawes-Faktes auf das deutsche Proletariat zu wälzen. Die S.P.D. wird sie darin unterstützen, aber sie wird es tun, aus der Opposition heraus in Scheinpositionellen Formen. Diese politische Form der Unterstützung der Bourgeoisie durch die S.P.D. wird trotz der wachsenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze die Mobilisierung der Massen erschweren. Bei richtiger Anwendung der politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Beschlüsse des 5. Weltkongress wird die K.P.D. trotz dieser Schwierigkeiten die Massen in wachsender Masse in Tiefe und Breite für die Revolution organisieren.

III. Sowjetrussland.

1.) Die internationale Position der Sowjetmacht wird immer fester. Eine kapitalistische Macht nach der anderen ist gezwungen sie anzuerkennen.

2.) Im Innern hat eine Kette von Missernten eine schwierige Lage geschaffen, in der Landwirtschaft, die sich die Kulaken, die Mittel- und Grossbauern zu Nutzen zu machen versuchen. Die Industrie verbessert sich, kann aber nicht rasch genug den Wahren-Hunger der Bauern stillen. Da die Auslandskapitalisten ausgiebige Kredite an Bedingungen knüpfen, deren Annahme die Liquidierung des proletarischen Charakters der Revolution bedeuten würde, muss die Sowjetmacht zur Stillung des Warenhungers den, bei solcher Lage einzig möglichen Weg betreten, durch Steigerung der Intensität der Arbeit den Ertrag der industriellen Produktion zu steigern, auch wenn dadurch Unzufriedenheit bei einem Teil der Arbeiterschaft hervorgerufen wird. Die Sowjetmacht wird diese Schwierigkeiten überwinden, aber sie kann das bei der gegebenen Lage mit Erfolg nur tun, wenn sie absolut geschlossen dasteht. Darum war das Vorgehen des Z.K. der K.P.R. gegen Trotzki richtig und notwendig im weltrevolutionären Interesse.

3) Die Sowjetmacht ist ein Ham an ~~Kassa der Weltbourgeoisie~~
Mehr noch, Sowjetrußland ist einer der grössten Absatz- und An-
lagemärkte und zugleich eine der grössten Rohstoffquellen. Und diesen
gewaltigen Markt steht der Weltbourgeoisie nicht so offen, wie sie es
möchte und brauchte, nämlich offen zur kapitalistischen Ausbeutung.
Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass die Weltmächte den inneren
Widerspruch des Londoner Abkommens (einerseits Steigerung des deut-
schen Exports, andererseits Sperrung des englischen, französischen,
amerikanischen Marktes gegen deutsche Waren) dadurch lösen wollen,
dass sie der deutschen Industrie, sie von den anderen Märkten ab-
schneidend, auf den russischen Markt "verweisen" und die deutsche
Bourgeois-Republik als Begegnung benutzen wollen, um dem Weltkapital
den russischen Markt gewaltsam zu öffnen. Der Krieg der kapitali-
stischen Mächte gegen die Sowjetmacht ist im Anzuge.

Durch die Organisation der Revolution arbeiten die kommunisti-
schen Parteien diesen imperialistischen Plänen wirksam entgegen,
keinen Augenblick sich und alle Proletarier darüber im Zweifel
lassend, dass die Erhaltung der Sowjetmacht für das Weltproletariat
eine Frage auf Tod und Leben ist.

IV. Die Lage in Oesterreich.

1.) Fortschreiten der Krise in Oesterreich.

In Oesterreich hat die Weltbourgeoisie schon früher den Versuch der
Sahierung begonnen durch das Genfer-Abkommen. Aber gerade der Dawes-
Pakt hat die ^{II} Heilen dieser Scheinsahierung zerrreisend, die wahre
Lage Oesterreichs enthüllt. Die Ruhrkonjunktur hat Oesterreich belebt.
Indem der Dawes-Pakt den Ruhrkrieg liquidierte, hat er auch der
Ruhrkonjunktur ein Ende gesetzt und so tritt gerade jetzt hervor,
dass die grundlegende Ursache der Weltkrise, der Widerspruch zwischen
Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, auch in Oesterreich
weiterwirkt und hier sogar in noch verschärfter Masse. Der Wider-
spruch zwischen der Grösse des Produktionsapparates und der Mög-
lichkeit, seine Produkte abzusetzen, ist nirgendwo grösser als in
Oesterreich, weil der Innenmarkt relativ ungenügend klein ist.

unter der Wucht der kapitalistischen Sanierungspolitik sind die Masse des oesterreichischen Proletariats aus ihrer Illusion erwacht, der Genfer Vertrag werde ihnen eine, wenn auch leise Verbesserung ihrer Lage bringen. Sie beginnen in Bewegung zu geraten (Eisenbahner, Metallarbeiter, Postler, Telephon- und Telegraphenangestellte). Die Massen beginnen sich zu wehren und treten ein in den Kampf für ihre Tagessorgen, ^{In den Kampf} um eine Besserung ihrer Lage.

Allein die grosse Masse des oesterreichischen Proletariats ist noch weit davon entfernt, die Ursachen ihrer traurigen Lage in der sozialdemokratischen Politik zuerkennen. Die grosse Masse des oesterreichischen Proletariats, und selbst die grosse Masse der, mit der sozialdemokratischen Politik bereits unzufriedenen sozialdemokratischen Arbeiter, haben noch immer die Ueberzeugung: es gelte, die sozialdemokratische Partei zur Alleinregierung oder, was im Bewusstsein dieser Massen nur eine Brücke sein soll, zur sozialdemokratischen Alleinregierung, die S.P. in eine Koalitionsregierung mit ~~mit~~ ausschlaggebendem Einfluss zu bringen; dann werde es zwar kein Paradies geben, aber die Lage der Arbeiter werde sich zu bessern beginnen. Diese Illusionen werden von der sozialdemokratischen Führerschaft desto mehr genährt, je mehr sie entschlossen ist, die Dienste, die die Bourgeoisie von ihr erwartet, zu erfüllen.

Die S.P. ist trotz mancher Abbröckelungen im kleinen noch tief in den Massen des oesterreichischen Proletariats verankert. Ihre, die kapitalistische Sanierung fördernde Politik, ist durch die oppositionelle Form, in der sie betrieben wird, den Massen schwer durchsichtig.

5.) Die K.P.

Die Lage in Oesterreich ist in revolutionärer Zuspitzung begriffen, sie ist revolutionär. Die Revolution organisieren, alle ihre politischen, gewerkschaftlichen, organisatorischen Massregeln ideell und praktisch auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, ihn ideell und praktisch vorzubereiten, das ist die Aufgabe, die heute allen anderen

... liegen muss

Diese Partei muss mit den Massen wieder Fühlung gewinnen, muss sie in ihrem Abwehrkampf vorwärts treiben, die Front des kämpfenden Proletariats verbreitern, wirtschaftlichen und politischen Kampf wechselseitig miteinander verknüpfen, die Kämpfe zusammenfassen und alle Kämpfe auf die Machtfrage zuspitzen, auf die Arbeiter- und Bauernregierung. Dabei darf sie keinen Zweifel darüber lassen, dass die Arbeiter- und Bauernregierung keine parlamentarische Kombination ist, auch nicht eine sozialdemokratische Mehrheits- oder Minderheitsregierung, sondern eine Regierung, die unter Führung des Proletariats sich stützt auf die werktätigen Massen, auf die Arbeiter, Angestellten, Beamten, in Stadt und Dorf, auf die ausgebeuteten Kleinbürger und Kleinbauern, sich stützt auf ~~ihre~~ ^{die} Machtorgane der Werktätigen, die Betriebsräteorganisation, die Ordnerwehr usw. Die K.P. muss die proletarische Gesamtbewegung in kommunistische Richtung lenken und sie in wachsender Masse unter die Führung der K.P. bringen.

Diese Aufgaben wird die Partei desto besser erfüllen, je besser sie ihre Arbeiten in den Gewerkschaften gestaltet und je schneller sie die Parteiorganisation auf die Betriebszellen umstellt.

Alle diese Aufgaben wird die K.P. erfolgreich bewältigen bei Anwendung der, vom 5. Weltkongress ~~beschlossenen Taktik~~ für Länder in denen die S.P. noch eine grosse Macht darstellt - und dazu gehört Oesterreich - beschlossenen Taktik: "Einheit von unten und gleichzeitig Spitzenverhandlungen, diese Methode muss ~~zum~~ oft in den Ländern angewendet werden, in denen die Sozialdemokratie noch eine bedeutende Macht ist. Diese Spitzenverhandlungen dürfen die Partei in ihrer kommunistischen Selbständigkeit nicht binden. Die Grundlage für die Einheitsfronttaktik muss jedoch auch in diesem Falle die Einheit von unten bleiben."

Der Beschluss Einheitsfronttaktik nur von unten zu treiben steht nicht nur im Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, sondern bedeutet praktisch den Verzicht auf jede Einheitsfronttaktik und bedeutet weiter, da unter den gegebenen Kräftever-

verhältnissen in Oesterreich für die K.P. die einzig mögliche Taktik ist, den Verzicht auf jede Politik überhaupt. Diese Taktik hemmt die Ueberwindung der Isolierung der Partei. Die konserviert den sekten Charakter der Partei.

Aber auch die, vom 5. Weltkongress beschlossene Einheitfronttaktik wird der Partei nur Erfolge bringen, wenn sie richtig angewendet wird, d.h. wenn sie von einer richtigen Einschätzung der Sozialdemokratie ausgeht. Die Rolle der S.P. ist zweifellos konterrevolutionär, aber es muss taktisch ein Unterschied gemacht werden zwischen Führerschaft und Masse. Die sozialdemokratischen Führer sind objektiv und subjektiv konterrevolutionär. Die Masse der proletarischen Mitgliedschaft aber ist wohl objektiv konterrevolutionär eingestellt, jedoch subjektiv der ehrlichen Ueberzeugung, der Revolution zu dienen.

Die Partei muss die Illusionen der Massen zerstören. Dazu genügt nicht, dass blosse Wort, die Propaganda. Nur indem die Partei die Massen mobilisiert, nur im praktischen Erleben, in der Praxis des Kampfes verlieren die Massen ihre Illusionen und werden geführt auf die Bahn der Revolution. Aber um die Massen von den Illusionen zu befreien muss die Partei sich selbst vor Illusionen hüten. Nichts ist mit der Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand weniger vereinbar als Illusionen. Nüchtern und klar die Lage erkennen, nüchtern und klar der Partei die Aufgaben stellen, die die Lage jeweils fordert und vor allem diese Aufgaben mit richtiger Taktik tatsächlich durchführen, so nur organisiert die Partei mit Wort und Tat die Revolution.

Die Bewertung der gegenwärtigen Lage in Österreich und ihre Perspektive.

A.

- *) Die Reichskonferenz erkannte die Verschärfung der Klassengegensätze in Österreich, die unmittelbare revolutionäre Situation, (Rote Fahne 18. Nov., zusammenfassender Leitartikel über die Ergebnisse der R.K.; Die Reichskonferenz hat gesprochen.)
"Zwei Jahre Sanierung, und in Österreich eine aktuelle revolutionäre Situation..." (Rote Fahne 30. Nov., Leitartikel: Der Bankrott der Sanierung, Die Staatsarbeiter und Angestellten rebellieren).
- *) "Es ist klar, dass die kommenden Monate die sozialdemokratische Partei weiter rasch schwächen werden," (R.F. 23. Nov., Thesen zur politischen Lage von der R.K.)
- *) "Wir sind gewiss,.... dass die nächsten Monate bringen werden die Entstehung der kommunistischen Massepartei, auch in Österreich," (R.F. 21. 11., Rede Frank auf der R.K.)

B.

- *) Die Massen in Österreich beginnen aus ihrer Letargie zu erwachen, beginnen in Bewegung zu geraten, beginnen in Kampf zu treten für ihre nächsten Tage sorgen. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze beginnen sich zu verschärfen. Die Lage in Österreich ist revolutionär, aber wir stehen jetzt in Österreich erst am Beginn einer Entwicklung, die zu einer "unmittelbaren", aktuellen revolutionären Situation führt. Die Lage jetzt schon als unmittelbare aktuelle revolutionäre Situation zu bezeichnen heisst der Entwicklung vorausseilen. Eine solche unrichtige vorsehnliche Abschätzung bürgt in ihren Konsequenzen Gefahren in sich. Die Partei muss die Lage nüchtern einschätzen.
- *) Mit einer raschen Zersetzung der soz. dem. Partei schon in den kommenden Monaten ist nicht zu rechnen und es ist falsch, die Mitglieder auf diesen zwar möglichen, aber unwahrscheinlichen Fall einzustellen. Da und dort sind Abbröckelungen von der Sozialdem. zu verzeichnen, z.B. in Steiermark, Kernten auch in Niederösterreich (Gemeindewahlen in Neunkirchen und in anderen Industrieorten). Aber es handelt sich da doch erst um eine verhältnismässig sehr geringe Zahl. Die grosse Masse des österreichischen Proletariats ist mit ihrer Lage sehr unzufrieden, beginnt sich dagegen zu wehren aber sie ist noch weit davon entfernt die Ursache ihrer traurigen Lage in der soz. dem. Politik zu sehen. Im Gegenteil die grosse Masse und selbst die mit der soz. dem. Politik bereits unzufriedenen soz. dem. Arbeiter haben noch immer die Überzeugung: Es gilt die soz. dem. Partei zur Alleinregierung oder zwar in Koalitionsregierung, aber mit ausschlaggebendem Einfluss zu bringen, was im Bewusstsein dieser Massen nur die Brücke sein soll zur soz. dem. Alleinregierung. Wenn das erreicht sei, dann werde es zwar kein Paradies geben, aber die Lage der Arbeiter werde sich zu bessern beginnen. Das ist trotz mancher Abbröckelungen, trotz mancher Schwankungen heute noch immer die Auffassung der ueberwältigenden Masse des österreichischen Proletariats. Der rasche Zersetzungsprozess der sozialdemokratischen Partei im grossen Masse stabe wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst einige Wochen, vielleicht einige Monate nach ihrem Eintritt in die Regierung beginnen, dem wir entgegengehen. Die Abbröckelungen selbst sind einer der Umstände, die die Sozialdemokratie drängen in die Regierung einzutreten um zu versuchen durch positive Leistungen den Abbröcklungsprozess aufzuhalten. Gewiss es ist möglich, dass die Zersetzung im grossen schon in nächster Zeit beginnt, aber es ist auch möglich, dass die Sozialdemokratie im grossen und ganzen trotz mancher Verluste sogar noch wächst. Auf alle Fälle ist es nicht gut, die Partei nur auf den zwar möglichen, aber nicht wahrscheinlichen Fall einzustellen. Das führt zu Enttäuschungen und Rückschläge.
- *) Es ist nicht gut die Partei auf die Perspektive einzustellen, dass sie schon

...viel leichter erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist. Sogar die österreichische Partei überhaupt erst davor einen festen kommunistischen Kern zu bilden und die Fühlung mit den Massen wieder zu gewinnen.

Welche Aufgaben muss die Partei sich heute stellen.

A₁

Die Reichskonferenz erkennt ... die Notwendigkeit unzweideutig das Problem des Kampfes um die Macht nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch den bewaffneten Aufstand vor der Arbeiterklasse als eine Aufgabe der Gegenwart aufzurollen. (R.F. 18.11. Die Ergebnisse der Reichskonferenz)

B₁

Die Partei ist infolge der politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch absolut unfähigen Führung der letzten zwei Jahre von den Massen gänzlich isoliert. (Hobenbei: Es ist vollkommen irreführend zu sagen, die Dauerkrise in der Partei sei schuld, dass die Zersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht weiter fortgeschritten sei, wie es die Thesen zur politischen Lage sagen. Siehe R.F. 23.11. Sondern das vollkommen unzulängliche politische, gewerkschaftliche, organisatorische Vorgehen der parteiführung in den letzten zwei Jahren hat den Vormarsch der Partei verhindert und hat die Partei zurückgeworfen. Es besteht also auch ein Unterschied in der Beurteilung der Ursachen der Parteikrise).

In der jetzigen objektiven und subjektiven Lage hat die Partei in Oesterreich die Aufgabe: Die Fühlung mit den Massen wiederzugewinnen, die Bewegung der Massen vorwärtszutreiben und zu verbreitern, den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu kombinieren, alle Kämpfe zusammenzufassen, alle Kämpfe auf die Hauptfrage zuzuspitzen, die Gesamtbewegung auf die kommunistischen Ziele hin zu lenken und sie unter die Führung der K.P. zu bringen, die grundlegende Aufgabe der Partei heute ist, politisch, gewerkschaftlich, organisatorisch jeden Schritt ideell und praktisch auf den bewaffneten Aufstand auszurichten, ihn auf politischem, gewerkschaftlichem, organisatorischem Gebiet ideell und praktisch vorzubereiten.

Die obige Formulierung: "den bewaffneten Aufstand als Gegenwartsfrage aufzurollen," ist in Zusammenhang mit obiger Lagebewertung (unmittelbar, aktuelle, revolutionäre Situation) unklar, weil sie in den Mitgliedern die Meinung erwecken kann, die Partei stehe unmittelbar vor dem bewaffneten Aufstand.

Mit welchen Mitteln soll die Partei ihre heutigen Aufgaben lösen.

A₂

Die Partei erklärt, dass die Einheitsfronttaktik in Oesterreich nur in dieser Lage kommt, durch die Einheitsfront von unten. (Thesen zur politischen Lage 23.11.)

"Die Reichskonferenz beschloss, dass die K.P.Oe. den Kampf um die Einheitsfront der Arbeiter nur von unten in den Betrieben führen darf, dass Spitzenverhandlungen mit den menschewistischen Führern, den Vertretern des proletariats für die Zukunft ausgeschlossen werden." (R.F. 18.11. über die Ergebnisse der Reichskonferenz).

B₂

In den Thesen des 5. Weltkongresses heisst es ausdrücklich: "Einheit von unten und gleichzeitig Spitzenverhandlungen, diese Methode muss, oft in den Ländern angewendet werden, in denen die Sozialdemokratie noch eine bedeutende Macht hat. Diese Spitzenverhandlungen dürfen die Partei in ihrer kommunistischen Selbstständigkeit nicht binden. Die Grundlage für die Einheitsfronttaktik muss jedoch auch in diesem Falle die Einheit von unten bleiben."

Ist die Sozialdemokratie Oesterreichs noch eine bedeutende Macht? Ganz gewiss. Also gilt jener Weltkongressbeschluss auch für Oesterreich. Uebrigens wurde auf dem 5. Weltkongress Oesterreich ausdrücklich als eines jener Länder bezeichnet, also ist die obige Taktik (Einheitsfronttaktik nur von unten) für Oesterreich in Widerspruch mit den Beschlüssen des 5. Kongresses.

Da der Beschluss Einheitsfronttaktik nur von unten zu treiben, prakti-

in der gegebenen österreichischen Lage den Verzicht auf die Einheitsfronttaktik bedeutet, da weiters unter den gegebenen Verhältnissen die Einheitsfronttaktik die einzig mögliche Taktik ist, die der Partei offen steht, so bedeutet dasz Sichverlegen auf Einheitsfronttaktik n u r von unten gegenwärtig den Verzicht auf je d e Politik überhaupt und die Reduzierung der Partei zu einer blossen Propagandaorganisation, die sich damit begnügt, den Arbeitern zu sagen, dass die Sozialdemokratischen Führer Verräter sind und sie auffordert zu r K.P. zu kommen.

Es ist ganz gut den Kommunisten zu sagen, die sozialdemokratischen Führer sind Konterrevolutionäre, oder was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie und der linke Flügel der faschistischen Front.

Aber zu den sozialdemokratischen Arbeitern da genügt es nicht, ihnen das zu sagen, sonst empfinden sie das als Beschimpfung, sondern die K.P. muss ihnen das so anschaulich beweisen, dass sie es selber mit erleben und als Resultat ihre Erlebens empfinden. Da aber stösst die K.P. auf ein praktisches Hindernis, auf eine Hürde: die Nichtkommunisten in Oesterreich sind nämlich fast durchwegs in der sozialdemokratischen Partei

o r g a n i s i e r t. Um dieses Hindernis abzuschwächen und trotz dieses Hindernisses an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen, dazu bedarf es eben einer besonderen Taktik, die bei den Kräfteverhältnissen in Oesterreich nur sein kann die von 5. Weltkongress beschlossene Taktik.

Die Taktik der Einheitsfront n u r von unten für Oesterreich steht nicht nur im Widerspruch mit den Kongressbeschlüssen, sondern sie hemmt und muss unter den gegebenen Verhältnissen die Partei hemmen aus der Isolierung herauszukommen. Diese Taktik ist also jetzt ein Hindernis der Parteientwicklung.

Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

1.) Zweifellos die Gegensätze in Oesterreich spitzen sich zu, aber wir stehen erst am Anfang und nicht schon in einer unmittelbar aktuellen revolutionären Situation. Die tatsächliche Lage widerspricht so sehr der am 16.11. auf der R.K. skizzierten Lage, dass die Praxis die Partei gezwungen hat, zu Losungen überzugehen, die deutlich zeigen, wie die Parteileitung von ihrer Auffassung der Lage am 16.11. abweicht. Diese praktische Korrektur ist an sich gut, nur ist die Partei im Verlaufe von 14 Tagen von den hyperlinken Voraussetzungen schliesslich weit nach rechts abgewichen bis zu einer menschewikischen Haltung, die noch dazu durch Unklarheit verschärft ist.

"Es muss bei a l l e n Kämpfen die Machtfrage aufgeworfen werden" (R.F. 23.11. Politische Thesen).

Das ist ein richtiger Satz! Das ist eine, bei der heutigen Lage unbedingt notwendige Taktik, sie ist übrigens vom 5. Kongress zwingend angeordnet. Es heisst nämlich in den taktischen Kongressthesen zur Frage der Taktik der Teilforderungen: "Die Taktik der kommunistischen Internationale schliesst die Einfügung von Teilforderungen in unsere Agitation und Politik nicht nur nicht ein, sondern umgekehrt, sie setzt sie sogar voraus. Hierbei muss jedoch dreierlei im Auge behalten werden: a) die von uns aufgestellten Teilforderungen müssen der lebendigen Wirklichkeit entspringen, d.h. sie müssen derart sein, dass mit der Unterstützung derselben durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gerechnet werden kann, b) solche Forderungen müssen in der Richtung der revolutionären Entwicklung liegen, c) solche Forderungen müssen s t e t s mit dem Endziel verknüpft werden... die gesamte Agitation der Kommunisten für Teilforderungen verknüpft j e d e dieser Teilforderungen aufs Engste mit dem Programm des revolutionären Umsturzes. Das gilt besonders für jene Länder, in denen die Krise der bürgerlichen Ordnung eingesetzt hat. So die Theorie, wie schaut die Praxis der Partei aus?

Am 18.19. ja auch noch am 28.11. fasst die Partei ihre Teilforderungen folgendemassen zusammen: 18.11. ("Zertrümmerung der kapitalistischen Regierung, der Seipol-Regierung, der ganzen Geldsackrepublik, nieder mit der bürgerlichen Demokratie, es lebe die Revolution!") • Am 19.11. ("Zertrümmert das Ganser Sklavenjoch; jagt die Sozialverräter mit ihrem parlamentarischen Klüngel fort. Weg mit der Faschistenregierung, R ü s t e

... (größtenteils) ... schliesst mit der
Sturz der kapitalistischen Regierung, für die Arbeiter- und Landar-
beitsregierung.

Bisherher alles durchaus richtig. Am 30.11. nun eröffnet die Partei eine
Forderungskampagne: "Kämpft gegen den Hunger! Herunter mit den Preisen! Sofor-
tige allgemeine Erhöhung der Löhne, Erhöhung der Unterstützung oder Arbeit
für die Arbeitslosen, Heraus mit einer Nothilfe für Arbeitslose, Invalide
und Altagsinvaliden".

Soweit gut. Wo bleibt aber die zusammenfassende Losung? Nun die Partei
begnügt sich folgende Sätze am Ende beizufügen: "Das sind die nächsten Losun-
gen des Proletariats in den nächsten Tagen. Dafür muss der Kampf zunächst ge-
schlossen aufgenommen werden!"

In den politischen Thesen der Reichskonferenz heisst es ausdrücklich:
Die Partei muss bei al l e n Kämpfen, die M a c h t f r a g e aufrollen,
Wo ist da die Machtfrage aufgeworfen? Nirgends! Auf einmal beginnt die Par-
tei eine Kampagne für Teilforderungen o h n e s i e a u f d i e
M a c h t f r a g e z u z u s p i t z e n, sie macht also dasselbe was
die R e f o r m i s t e n machen, sie treibt eine m e n s c h e w i k i e
s o h e Politik und diesen Sprung von Hyperradikalismus zum Menschismus
macht die Partei bei anhaltender Zuspitzung der Klassengegensätze? Per Hyper-
radikalismus entpuppt sich als Scheinradikalismus, als Radikalismus der
Phrase.

Aber immerhin, wenn die partei schon nicht die Teilforderungen zusammen-
fasst und auf die Machtfrage ausrichtet und nur das ist kommunistisch, als
lesend aber menschowistisch ruft sie nicht wenigstens zur Einheitsfront
Gewiss das tut sie aber wie. Die zentrallosung muss so sein, dass der let-
te Arbeiter sie versteht. Was heisst das: "Dafür muss der Kampf z u
n ä c h s t geschlossen aufgenommen werden". Z u n ä c h s t? Und dann?
Etwa wieder nicht geschlossen? Nun so ist das nicht gemeint. Die Partei woll-
te sagen: Arbeiter schliesst Euch zur Einheitsfront zusammen, aber dann muss
die Partei den Arbeitern auch sagen, w i e sie das tun sollen. Sie muss
klar sagen, w a s die Arbeiter tun sollen: Sollen die Arbeiter auf die Füh-
rer drücken und sie zur Einheitsfront zwingen oder - sollen die Arbeiter die
Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg herstellen. Die Partei traut
sich nicht das klar zu sagen. Warum? Weil sie sonst in Widerspruch käme zu
ihrer Theorie vom 16.11. (Das könnte als "Spitzenverhandlung" oder als
"Schwanzpolitik" gedeutet werden) Und das andere traut sie sich nicht zu sagen,
weil die Zuspitzung der Lage in Oesterreich noch nicht soweit gediehen ist,
um die Arbeiter mit Erfolg über die Köpfe der Führer kurzerhand zur Einheits-
front zu bringen, die These also von der "unmittelbar", aktuellen" revolu-
tionären Situation liegen gestraft würde. Abgesehen also davon, dass die
Gesamtlosung am 30.11. menschowistisch ist, ist sie noch dazu ausserordentlich
unklar. Die Arbeiter wissen nicht was die partei ihnen eigentlich anrät. Mit
solchen Losungen kann die partei keine Massen anziehen.

Dieselbe Unklarheit am 4.12.: "Gegen den neuen Hohelsl Plan! Heraus mit
der Einheitsfront aller Bundesangestellten zum Kampf!" Man möchte nach der
Sprache annehmen, dass sei an die Gewerkschaftsführer gerichtet. Aus dem
Text geht aber hervor, dass sie die Losung wendet an die Arbeiter und zwar
vor allem an die Postler. Die Losung hätte also richtig lauten müssen: "Bunde-
sangestellte, schliesst die Einheitsfront zum Kampf". Aber auch dann hätte
die Partei den Bundesangestellten sagen müssen, w i e sie das tun müssen, ob
durch Druck auf die Führer oder über die Führer hinweg. Also dieselbe Un-
klarheit.

In der Tat sehen wir, dass die Partei nicht den geringsten Einfluss auf
diese Bewegung gehabt hat. Sie macht zwar noch am 5.12. so, als ob der Kampf
um die Einheitsfront weiterginge und das Blatt wird mit der Schlagzeile eröff-
net "Um die Einheitsfront" aber auf dem Text erfahren wir, dass die Ein-
heitsfront bereits gescheitert ist, dass die freigewerkschaftliche Organi-
sation der Postler, der Telefon- und Telegrafisten-Angestellten und Staatsarbeiter
in den Rücken gefallen ist und so schliesst die Partei mit der Losung: Sie
(die Bundesangestellten) werden Kommunisten wählen! Da die Partei nicht
zuletzt durch die Unklarheit ihrer Losungen auf die Bewegung, während der
Bewegung nur sehr geringen Einfluss gehabt hat, so kann sie nachher den Ver-
rat der sozialdemokratischen Führer selbstverständlich garnicht auswerten.
(Bei solcher Taktik wird die Zersetzung der sozialdemokratischen Partei
"in den kommenden Monaten" und die Schaffung einer kommunistischen Massen-
partei "in den nächsten Monaten" besteht verzögert werden.)

Gewiss ist es besser, wenn die Partei in der Praxis wenigstens etwas die Fehler ihrer Theorie korrigiert. Aber die Praxis soll mit der Theorie übereinstimmen und die Theorie muss so sein, dass die Praxis mit ihr übereinstimmen kann. Wo das nicht der Fall ist, muss Unklarheit eintreten. Unklarheit aber ist das Fundament der österreichischen Parteikrise. Die Unklarheit beheben heisst die Partei sanieren. Neue Unklarheiten schaffen, auch wenn die gute Absicht dazu besteht, heisst objektiv die Sanierung der Partei hemmen